

<http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/17094.pdf>

Quotenregelung für Aufsichtsräte und Vorstände gesetzlich festschreiben Ab Seite 37 / 10745

Tagesordnungspunkt 29:

a) Antrag der Abgeordneten Christel Humme, Caren Marks, Petra Crone, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: Quotenregelung für Aufsichtsräte und Vorstände gesetzlich festschreiben (Drucksache 17/4683)

b) Antrag der Abgeordneten Cornelia Möhring, Diana Golze, Agnes Alpers, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke: Geschlechtergerechte Besetzung von Führungspositionen der Wirtschaft (Drucksache 17/4842)

Berichterstattung:

	Seitenzahl Dieses Dokument	PDF-Seitenzahl des Bundestages	Gesamtseitenzahl im PDF-Dokument Des Bundestages
Christel Humme (SPD)	Ab Seite 2	Ab Seite 37	Ab Seite 10745
Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU)	Ab Seite 3	Ab Seite 38	Ab Seite 10746
Cornelia Möhring (Die Linke)	Ab Seite 6	Ab Seite 41	Ab Seite 10749
Marco Buschmann (FDP)	Ab Seite 8	Ab Seite 42	Ab Seite 10750
Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen)	Ab Seite 12	Ab Seite 45	Ab Seite 10752
Dr. Stephan Harbarth (CDU/CSU)	Ab Seite 13	Ab Seite 46	Ab Seite 10754
Willi Brase (SPD)	Ab Seite 16	Ab Seite 48	Ab Seite 10756
Nicole Bracht-Bendt (FDP)	Ab Seite 17	Ab Seite 49	Ab Seite 10757
Ulla Lötzer (Die Linke)	Ab Seite 20	Ab Seite 51	Ab Seite 10759
Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen)	Ab Seite 21	Ab Seite 52	Ab Seite 10760
Dorothee Bär (CDU/CSU)	Ab Seite 23	Ab Seite 53	Ab Seite 10761
Dr. Eva Högl (SPD)	Ab Seite 25	Ab Seite 55	Ab Seite 10763
Rita Pawelski (CDU/CSU)	Ab Seite 26	Ab Seite 57	Ab Seite 10765
Elke Ferner (SPD)	Ab Seite 30	Ab Seite 59	Ab Seite 10767

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 29 a und b auf:

a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Christel Humme, Caren Marks, Petra Crone, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
Quotenregelung für Aufsichtsräte und Vorstände gesetzlich festschreiben – Drucksache 17/4683 –

Überweisungsvorschlag:

Rechtsausschuss (f)
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Federführung strittig

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Cornelia Möhring, Diana Golze, Agnes Alpers, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke
Geschlechtergerechte Besetzung von Führungspositionen der Wirtschaft – Drucksache 17/4842 –

Überweisungsvorschlag:

Rechtsausschuss (f)
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Federführung strittig

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache anderthalb Stunden vorgesehen. Gibt es Widerspruch dagegen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Kollegin **Christel Humme** von der SPD-Fraktion das Wort.

Christel Humme (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen!

Wir legen heute mit unserem Antrag ein klares SPD-Konzept vor. Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen. Wir wollen eine 40-Prozent-Quote für Vorstände und Aufsichtsräte. Wir wollen das gesetzlich regeln, und wir wollen auch Sanktionen festlegen.

Darin unterscheiden wir uns ganz wesentlich von der zerstrittenen Bundesregierung. Ich weiß ja, dass auch die Gruppe der Frauen in der Union eine gesetzliche Regelung möchte; Frau Pawelski, das ist bekannt. Das schreiben Sie in allen Pressemitteilungen, und das ist auch auf der Homepage zu lesen. Gestern hat Frau Fischbach uns vehement aufgefordert, initiativ zu werden und eine übergreifende Fraueninitiative zu starten. Ich finde, das ist eine gute Idee. Ich glaube, unser Antrag könnte eine Grundlage für eine gute Zusammenarbeit sein.

Aber ich habe so ein bisschen den Verdacht: Ganz ehrlich war das nicht gemeint. Sie von der Union haben keine Quote. Das sieht man auch ganz deutlich: Gut 19 Prozent in Ihrer Fraktion sind Frauen. Damit sind Sie von der Menge her nicht besonders schlagkräftig; das ist so.

(**Rita Pawelski** [CDU/CSU]: Unsere Frauen sind so gut, dass sie in die Länderparlamente abgeworben werden!)

Der Presse ist zu entnehmen – Frau Pawelski, hören Sie zu –, dass Sie von Ihrem Fraktionschef Kauder und von dem CSU-Landesgruppenchef zurückgepfiffen werden mussten, als Sie in einem Positionspapier gesetzliche Initiativen zur Quote einforderten. Das konnte man im Spiegel nachlesen. Ist es das, was Frau Fischbach gestern meinte, als sie sagte, man müsse die Männer mitnehmen, wenn man etwas erreichen will? Ich glaube, da haben Sie noch eine Menge zu tun.

(**Caren Marks** [SPD], an die CDU/CSU gewandt: Wir sind an Ihrer Seite!)

Ich verstehe natürlich das große Dilemma. – Ach, jetzt machen Sie doch nicht Vergangenheitsbewältigung, Frau Fischbach. Das bringt nichts. Wir gehen in die Zukunft. Wir konzentrieren uns auf den Fortschritt und nicht auf den Rückschritt wie Sie.

Ich verstehe natürlich das Dilemma. Es ist ganz klar: Sie, die Frauen in der Union, möchten eine gesetzliche Quote. Frau Ministerin Schröder möchte sie nicht, die Kanzlerin ebenfalls nicht. Es kann eigentlich nicht wahr sein, Frau Schröder, dass nach zehn Jahren Freiwilligkeit immer noch ein altes Instrument bemüht wird, von dem wir genau wissen, dass es in der Vergangenheit erfolglos war. Frau Schröder, ich will nicht gerade sagen, dass Sie beratungsresistent sind; ich gebe Ihnen noch eine Chance.

(**Marco Buschmann** [FDP]: Unanständig! – **Dorothee Bär** [CDU/CSU]: Oh, ist das gnädig!)

Aber Sie berufen jetzt – das haben Sie angekündigt – für März einen Frauenquoten-Gipfel ein;

(**Dr. Dagmar Enkelmann** [Die Linke]: Das ist der Gipfel!)

so stand es in der Presse. In der Presse stand weiter: Da dürfen dann auch die Unternehmen Vorschläge machen, wie sie – das muss ich jetzt ablesen, weil es so schwer ist – die „individuelle und selbst bestimmte Pflicht zur Selbstverpflichtung“ umsetzen wollen oder, anders ausgedrückt, wie sie die Flexiquote – oder soll ich besser „die Frauenquote nach ihrem Belieben“ sagen? – einführen wollen. Was heißt denn das, Frau Schröder? Sind es 2, 3, 5 oder 10 Prozent, oder darf es etwas mehr sein? Ich sage Ihnen: Alle Untersuchungen ergeben, dass man keine Quote unter 30 Prozent nennen soll; denn sonst verändert man in den Strukturen der Betriebe nichts, und das ist der Vorschlag von Frau von der Leyen.

(**Elke Ferner** [SPD]: Das hat sie aber auch schon einmal anders gesehen!)

Christel Humme (SPD)

Doch was sagen Sie dazu? Ihre Aussage in einem Zeit-Interview hat mich ein bisschen irritiert. Sie haben gesagt, das sei „sozialistische Bevormundung“.

(**Elke Ferner** [SPD]: Es geht doch nichts über gute Vorurteile! – **Monika Lazar** [Bündnis 90/Die Grünen]: Frau Schröder hat doch nie Sozialismus erlebt!)

Da muss ich die Frauen von der Union fragen: Was sagen Sie denn zu diesem Vorwurf, der natürlich auch an Sie, die Sie eine Quote wollen, gerichtet ist: Halten Sie das für sozialistische Bevormundung?

(**Elke Ferner** [SPD]: Peinlich ist das nur! – **Caren Marks** [SPD]: Ein peinlicher Vorschlag von einer peinlichen Ministerin!)

Die öffentliche Debatte über die Quote hat auch die Einstellung eines Teils unserer Gesellschaft zur Gleichstellungspolitik offenbart. Wenn kein Argument mehr zieht, wird endgültig behauptet: Die Frauen wollen gar nicht an die Spitze. Stereotype und Bilder über Frauen werden gleich mitgeliefert: Frauen sind nicht mutig, sie richten sich ein in ihrer rosaroten Welt und sind bequem. Aber die Wahrheit ist – das hat eine Stern-Umfrage gezeigt –: 75 Prozent der jungen Frauen zwischen 18 und 29 Jahren wollen mehr Verantwortung in den Betrieben übernehmen. Denen ist es völlig egal, ob sie deshalb „Quotenfrau“ genannt werden oder nicht. Das Gleiche gilt für 39 Prozent aller Frauen. Das zeigt doch, dass Frauen die Ziellinie selbst dann nicht überschreiten, wenn sie ehrgeizig sind. Das liegt natürlich nicht, wie Sie, Frau Schröder, immer gerne sagen, an den Frauen selbst,

(**Caren Marks** [SPD]: Nein!)

sondern an den vorhandenen Strukturen.

(**Caren Marks** [SPD]: So ist das!)

Wie sonst ist es zu verstehen, dass auch in typisch weiblichen Branchen Männer die Führungsaufgaben wahrnehmen? Mehr als die Hälfte der Beschäftigten in Banken und Sparkassen sind Frauen; in den Führungsetagen sind die Frauen aber nur mit 2,9 Prozent vertreten. Frauen haben keine Wahlfreiheit – diesen Begriff haben Sie, Frau Schröder, in Ihrer gestrigen Rede immer wieder betont

(**Caren Marks** [SPD]: Das Problem ist, dass sie nichts begreift!)

–; im Gegenteil: Sie scheitern spätestens an den Personalchefs, die die Frauen immer noch als potenzielle Mütter sehen und meinen, sie würden ihren Job nicht wirklich ausfüllen können, weil sie mehr an die Familie denken, oder sie scheitern aufgrund einer fehlenden flexiblen Kinderbetreuung oder schlicht daran, dass Männer lieber unter sich bleiben wollen und den Staffelstab an ihresgleichen weitergeben.

Deshalb sage ich Ihnen, Frau Schröder: Schaffen Sie die Wahlfreiheit, die Sie gestern in Ihrer Rede so oft bemüht haben, auch für die Frauen, die beides wollen, Karriere und Familie! Gestern wurde deutlich: 100 Jahre Internationaler Frauentag ist eine Verpflichtung für uns Frauen, weiterzugehen. Wir dürfen die Erfolge nicht leichtfertig verspielen. Frau Schröder, ich bin davon überzeugt: Freiwilligkeit ist Kapitulation.

(**Caren Marks** [SPD]: Ja!)

Gesetzliches Handeln erfordert Mut, und den erwarten wir von Ihnen. Schönen Dank.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Elisabeth **Elisabeth Winkelmeier-Becker** von der CDU/CSU-Fraktion.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Man möchte fast sagen: Willkommen zur sitzungswöchentlichen Diskussion über die Frauenquote.

(**Elke Ferner** [SPD]: Bis Sie es verstanden haben, Frau Kollegin!)

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU)

In letzter Zeit haben wir oft darüber gesprochen. Ich beteilige mich immer wieder gerne an dieser Diskussion; denn das ist ein wirklich wichtiges Thema. Mir ist es auch ein Anliegen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir den Status quo hinter uns lassen und zu anderen Verhältnissen kommen müssen, weil mehr Frauen und andere Männer gut wären für die Unternehmen.

(**Christel Humme** [SPD]: Dafür schätze ich Sie auch, Frau Winkelmeier!)

Die Unternehmen müssen sich besser aufstellen und bessere Entscheidungen in ihren Führungsgremien treffen. Das können sie gerade dann, wenn sie sich anders aufstellen. Zum Frauenanteil gibt es mehrere Studien: die Catalyst-Studie, die McKinsey-Studie, die Sinus-Studie. Der Hintergrund ist nicht, dass Frauen durch die Bank besser sind, sondern es geht um den Diversity-Ansatz, das heißt, dass es zu besseren Ergebnissen führt, wenn Personen mit unterschiedlicher Denkweise, unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Karrieren zusammenkommen und nicht alle von derselben Eliteuniversität stammen.

Wir brauchen vor allem eines nicht: Wir brauchen keinen Biotopschutz für bestehende Führungszirkel; denn die haben in der Vergangenheit nun wirklich nicht nur Erfolge vorzuweisen gehabt. Einige Entscheidungen von Banken, Kaufhauskonzernen und Autoherstellern waren durchaus suboptimal.

(**Rita Pawelski** [CDU/CSU]: So ist es!)

Ich komme darauf zurück, aber ich möchte zunächst kurz auf die Anträge eingehen, die zu diesem Thema vorgelegt worden sind. Mein Heimatland Nordrhein-Westfalen hat in den Bundesrat einen Gesetzentwurf eingebracht, der sich nur auf die Gleichberechtigung in Aufsichtsräten bezieht. In diesen soll die Frauenquote bis 2017 30 Prozent und bis 2022 40 Prozent betragen. Wenn die Wahl nicht damit im Einklang steht, soll die Wahl unwirksam sein. Hier im Bundestag haben wir von der SPD ein anderes Konzept vorgelegt bekommen: Die Frauenquote in den Aufsichtsräten soll bis 2015 40 Prozent betragen; das soll ebenso für die Vorstände gelten. Als Sanktion sehen Sie die Nichtigkeit der Gesellschafterbeschlüsse vor. Die Linke will tatsächlich eine Frauenquote von mindestens 50 Prozent erreichen.

(**Cornelia Möhring** [DIE LINKE]: Genau!)

Da ist der Punkt überschritten. Eine solche Vorschrift durch den Staat wäre wohl verfassungswidrig. Mein Eindruck ist, dass hier nach dem Motto „Wer bietet mehr, wer will es schneller, und wer ist radikaler?“ vorgegangen wird. Diese Diskussion hilft der Sache nicht unbedingt weiter.

(**Karin Roth** [Esslingen] [SPD]: Machen Sie doch mal einen Vorschlag! Was machen Sie denn jetzt?)

Ich sehe zwar nicht mit Neid, aber durchaus mit Anerkennung, dass diese Anträge in Ihren Fraktionen die Mehrheit haben, also auch von den Männern getragen werden; deren Namen stehen ja auch auf den Anträgen. Aber der kleine Wermutstropfen ist, dass solche Anträge immer aus der Sicherheit der Opposition heraus oder auf der föderalen nichtzuständigen Ebene gestellt werden.

(**Elke Ferner** [SPD]: Keine Sorge! – **Christel Humme** [SPD]: Wir wollten das schon zu Regierungszeiten der Großen Koalition!)

Solange Sie die Regierung gestellt haben – nach diesem Hinweis bin ich mit diesem Thema fertig –, hatten Sie diese Mehrheit nicht. Ich füge hinzu: Leider hatten Sie sie nicht. Es gibt also Handlungsbedarf für den Bundesgesetzgeber. Das Hauptargument – das möchte ich noch einmal betonen – ist der wirtschaftliche Nutzen, den die Unternehmen hätten, wenn sie ihre Führungsgremien besser bestücken würden.

(**Rita Pawelski** [CDU/CSU]: So ist es!)

Jetzt kann man natürlich fragen, ob es nicht Sache der Unternehmen sein sollte, dafür zu sorgen.

(**Ulla Lötzer** [DIE LINKE]: Sie haben jetzt lange genug bewiesen, dass sie es nicht können!)

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU)

- Es wäre ja in ihrem eigenen Interesse. Aber ich stimme Ihnen zu: Wir reden hier über die großen börsennotierten Unternehmen, bei denen wir auch in anderen Zusammenhängen nicht immer automatisch davon ausgehen, dass diese alles richtig machen. Es gibt einen strukturellen Unterschied zu den kleinen familiengeführten Unternehmen, in denen der Eigentümer nachhaltig dafür sorgt, dass die richtigen Entscheidungen getroffen werden.

Bei den großen börsennotierten Unternehmen ist die Eigentümerposition sehr zerstritten. Das Management ist nicht identisch mit den Eigentümern. Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, dass das, was zum langfristigen Erfolg solcher Unternehmen führt, nicht unbedingt mit dem identisch ist, was das Management kurzfristig anstrebt. Deshalb haben wir schon einiges nachgebessert, gerade als Reaktion auf die Wirtschaftskrise. Wir haben die Haftungsregeln verändert. Wir haben die Fristen verändert, die eingehalten werden müssen, wenn man vom Vorstand in den Aufsichtsrat wechseln möchte.

Wir haben die entsprechenden Bundesregeln verändert. Das alles sind Ansätze, die sich daraus ergeben, dass gerade bei den großen börsennotierten Unternehmen nicht alles automatisch in die richtige Richtung geht. Dort muss man nachhelfen. Das ist auch der Ansatz der Regierungskommission „Deutscher Corporate Governance Kodex“ und natürlich der Ansatz für Überlegungen, die wir als Bundesgesetzgeber anstellen müssen. Mein Fazit an dieser Stelle ist, dass wir in der Tat Handlungsbedarf haben. Nun hat die zuständige Ministerin ihren Stufenplan vorgelegt.

(**Karin Roth** [Esslingen] [SPD]: Der ist aber langweilig!)

Er sieht Steigerungen bei Aufsichtsräten und Vorständen vor. Er ist wirklich ambitioniert.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – **Elke Ferner** [SPD]: Wenn das ambitioniert ist, o Gott, o Gott!)

Es wäre klasse, wenn wir es schafften, diese Ziele zu erreichen. Die vorgesehenen Berichtspflichten sind durchaus wirksam. Wir sehen das jetzt in der Reaktion auf den Women-on-Board-Index, den FidAR vorgelegt hat. Angesichts der aktuellen Diskussion wissen die Unternehmen, dass jede Entscheidung, jede Nachbesetzung beobachtet wird und dass sie unter Druck stehen. Das ist hilfreich.

(**Karin Roth** [Esslingen] [SPD]: Machen Sie lieber Ihren Männern in der Fraktion Dampf!)

Aber ich bleibe dabei und stehe dazu: Es muss noch etwas hinzukommen, damit das begonnene Umdenken jetzt nicht wieder endet.

(**Karin Roth** [Esslingen] [SPD]: Ja!)

Dazu brauchen wir –zusätzlich zu dem in Ansätzen guten Stufenplan– zumindest für die Aufsichtsräte in absehbarer Zeit und unter Berücksichtigung der Amtszeiten – diese dauern fünf Jahre; daher ist es wichtig, dies jetzt zu tun – eine verbindliche Vorgabe. Ich bleibe dabei, dass wir diese Regelung schon 2013 treffen müssen,

(**Karin Roth** [Esslingen] [SPD]: Genau!)

damit der Druck, der jetzt entstanden und spürbar ist, nicht nachlässt. Sonst hätten wir den Effekt, dass wieder Entspannung einsetzt und man denkt: Das Thema ist noch einmal an uns vorbeigegangen; wir warten einfach ab.

(**Karin Roth** [Esslingen] [SPD]: Sie haben echt Mut, Frau Winkelmeier!)

Nun höre ich von Männern des Öfteren die Frage, ob das nicht langsam zur Diskriminierung von Männern führe. Ich muss sagen: Das ist schon ein bisschen verkehrte Welt, wenn man sich die Ausgangsposition anschaut.

(**Monika Lazar** [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Buschmann, hören Sie jetzt genau zu! – Gegenruf des Abg. **Marco Buschmann** [FDP]: Das mache ich doch immer!)

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU)

Angesichts eines Verhältnisses von 3 : 97 in den Vorständen bzw. 10 : 90 in den Aufsichtsräten muss man sich schon fragen, ob sich wirklich diejenigen, die ihren Anteil von 3 auf 25, 30 oder 40 Prozent – über die verschiedenen Zahlen kann man streiten– erhöhen wollen, rechtfertigen müssen oder ob nicht diejenigen, die bisher 97 oder 90 Prozent beanspruchen, unter Rechtfertigungsdruck stehen müssten.

Ich denke, es ist klar und in vielen Gutachten belegt, dass eine entsprechende Regelung mit Verfassungs- und Europarecht konform ginge. Wir merken, dass ein Umdenken spürbar ist. Aber es darf nicht beim Wording bleiben. Wir hören von Vorständen, dass alle Botschaften angekommen sind, dass man zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Karriere beitragen will, dass die Kinderbetreuung verbessert werden soll. All das hören wir; aber greifbare Ergebnisse lassen noch auf sich warten.

Ich habe nur noch ganz wenig Redezeit. Ich möchte sie nutzen, um ein besonders beliebtes Argument aufzugreifen, das gegen eine Quotenregelung ins Feld geführt wird: Es seien nicht in ausreichender Zahl Frauen mit geeigneter Qualifikation vorhanden, und sie hätten die falschen Berufe. Die Praxis zeigt: Das ist überhaupt nicht der entscheidende Punkt,

(**Elke Ferner** [SPD]: So ist das! Frau Schröder, hören Sie gut zu!)

jedenfalls nicht für die Besetzung von Aufsichtsräten. 62 Prozent der Aufsichtsratsmitglieder in den DAX-Unternehmen sind Juristen oder Betriebs- bzw. Volkswirte; in den Vorständen sind es 59 Prozent. Gerade das sind Ausbildungsgänge, in denen Frauen seit Jahrzehnten die gleichen Anteile haben und mindestens so gute Examina abliefern wie Männer. Noch eines: Dass Branchenkenntnisse im engeren Sinne – bei aller Qualifikation, die diese Personen mitbringen müssen – nicht das Entscheidende sein können,

(**Elke Ferner** [SPD]: So ist das!)

zeigt sich beim Blick auf einzelne Karrieren. Da kann man als Eon-Vorstand auch in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank, als Bayer-Chef in den Aufsichtsrat von Eon und Deutscher Bank,

(**Karin Roth** [Esslingen] [SPD]: Richtig! Man kann überall sein!)

als Eon-Chef in den Aufsichtsrat der Allianz und als Trumpf-Chef in den Aufsichtsrat von Lufthansa und Siemens. Das ist also nicht das entscheidende Argument. Das zeigt der Blick auf die Praxis.

(**Karin Roth** [Esslingen] [SPD]: So sind sie, die Männer! – **Elke Ferner** [SPD]: Ja! Männer können alles!)

Wir werden diese Diskussion weiterführen. Ich glaube, die Anhörung haben wir schon terminiert.

(Zuruf von der SPD: Nein! Aber bald!)

Ich freue mich auf eine gemeinsame Diskussion, mit Betonung auf „gemeinsam“.

(Zuruf von der SPD: Wir uns auch!)

Danke schön.

(**Karin Roth** [Esslingen] [SPD]: Frau Winkelmeier, das war sehr mutig! Wunderbar!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin **Cornelia Möhring** von der Fraktion Die Linke.

Cornelia Möhring (Die Linke):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Norwegen hat sie, Frankreich und Spanien haben sie eingeführt, und wir brauchen und – vor allem – wollen sie ebenfalls: die verpflichtende Quote für Frauen in Vorstandsetagen und Aufsichtsräten. Nun hören wir in letzter Zeit allerlei Schönrederei im Hinblick auf die freiwilligen Selbstverpflichtungen der Wirtschaft. Dazu gesellt sich auch manch bizarrer Vorschlag aus dem Bundeskabinett. Unsere Frauenministerin – das haben wir eben schon gehört – will die bisherige Tatenlosigkeit mit einem

Cornelia Möhring (Die Linke)

Gesetz absichern.

(Ekin Deligöz [Bündnis 90/Die Grünen]: Welche Frauenministerin?)

Ja, mir fällt auch manchmal eher „Männerministerin“ ein;

(Michaela Noll [CDU/CSU]: So ein Quatsch! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Oh! – Was soll denn das? – Wie lächerlich!)

aber wir wissen ja, über wen wir sprechen. – Wie gesagt, Frau Schröder möchte die bisherige Tatenlosigkeit mit einem Gesetz absichern und nennt das auch noch irreführend Flexiquote. Der Gipfel der Tatenlosigkeit wird vielleicht tatsächlich der Frauenquoten-Gipfel. Unser Wirtschaftsminister setzt noch einen drauf – das ist sogar relativ lustig –: Er schlägt einen Pakt für Frauen vor, und diesen Pakt für Frauen vergleicht er mit dem Pakt für Auszubildende.

(Elke Ferner [SPD]: Herr Brüderle ist ja selber Lehrling!)

Herr Brüderle ist jetzt leider nicht da. Allerdings habe ich mir die Ergebnisse des Paktes für Auszubildende einmal angesehen – vielleicht wäre eine Wirtschaftsministerin, die rechnen kann, auf diesem Platz angemessener –:

(Elke Ferner [SPD]: Ja!)

Im Sommer 2004 waren bei den Arbeitsagenturen noch 463 000 betriebliche Ausbildungsplätze gemeldet. Im August 2010, also sechs Jahre später, waren es gerade noch 418 000. Das sind 45 000 weniger. Folgen wir dem Vorschlag von Herrn Brüderle, dann können wir uns ziemlich sicher sein, dass im Jahr 2016 garantiert keine Frau mehr in den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft sitzen wird.

(Monika Lazar [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielleicht will Herr Brüderle das auch so!)

Das ist eher ein Pakt mit dem Teufel als ein Pakt für die Frauen.

(Marco Buschmann [FDP]: Haben Sie ein Sachargument?)

Ach, Herr Buschmann, schade, dass Sie heute nach mir sprechen.

(Dr. Claudia Winterstein [FDP]: Nein, wie gut!)

Ich habe noch viele sachliche Argumente.

(Marco Buschmann [FDP]: Wir warten!)

An dieser Stelle will ich noch einmal deutlich sagen: Im Kern geht es nicht um eine 30-, 40- oder 50-Prozent-Quote. Wir reden über die Realität in dieser Gesellschaft: über eine 97-Prozent-Männerquote in den Vorstandsetagen und eine 90-Prozent-Männerquote in den Aufsichtsräten und damit über einen ziemlich hohen Männeranteil in den entscheidenden Positionen der Wirtschaft und einen ziemlich mickrigen Anteil für die Mehrheit der Bevölkerung.

(Elke Ferner [SPD]: Ja! 90-Prozent-Quote bei der FDP!)

Das toppt nur der Vatikan, aber das hat andere Ursachen. Glücklicherweise ist die Meinung von Frau Merkel und der Mehrheit ihrer Regierung nicht die Meinung der Mehrheit in diesem Land. Daran wird auch das kategorische Nein von Frau Merkel zur Quote nichts ändern. Der Druck wächst. Immer mehr Frauen, aber auch immer mehr Männer erwarten endlich verbindliche Festlegungen statt folgenloser Selbstverpflichtungen. Meine Fraktion fordert mit dem vorliegenden Antrag die stufenweise Einführung einer Mindestquotierung in Höhe von 50 Prozent für Frauen in Aufsichtsräten und in Vorständen. Es ist für uns eine demokratische Selbstverständlichkeit, dass die Mehrheit der Bevölkerung auch angemessen an den wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen beteiligt sein muss.

(Marco Buschmann [FDP]: Im Totalitarismus wurde noch nie zwischen Staat und Gesellschaft unterschieden!)

Cornelia Möhring (Die Linke)

Die Frauen müssen aufgrund ihrer Mehrheit auch die Folgen überproportional auslöffeln. Die Quote und die Angst der Mehrheit der Regierung vor dieser Quote sind doch, wenn wir ehrlich sind, nur Ausdruck der gesellschaftlichen Situation. Ich vermute trotzdem, dass Ihnen die Debatte über die Quote eigentlich zupasskommt. Dadurch lenken Sie nämlich vom Kern und von den Ursachen Ihrer unsozialen Politik ab. Sie machen Politik für Banken,

(**Marco Buschmann** [FDP]: Ach Gott!)

Politik für Energiekonzerne, Politik für Versicherungskonzerne. Sie machen Politik für diejenigen, die sich immer mehr zulasten der Mehrheit bereichern. Ihre Politik ist frauenfeindlich, unsozial und ungerecht. Es ist keine Politik für die Menschen. Das wurde übrigens spätestens durch die Debatte heute Morgen noch einmal deutlich gemacht. Sie brauchen Frauen an den Stellen, wo sich jemand unentgeltlich oder zu Hungerlöhnen um den Erhalt des Lebens kümmern muss. Auch hier haben die Frauen keine Wahlfreiheit. Für Wahlfreiheit müssen nämlich die entsprechenden Bedingungen und Voraussetzungen existieren, wie meine Kollegin Humme schon richtig gesagt hat.

Die Linke ist für eine umfassende, gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an dieser Gesellschaft und ihren Ressourcen. Ich glaube tatsächlich: Wenn heute 50 Prozent oder mehr Frauen an den Entscheidungen in der Wirtschaft und in der Politik beteiligt wären, dann würden die Welt und der Umgang miteinander bereits jetzt anders aussehen. Die Linke will die gleiche Teilhabe in allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft. Frauen wie Männer sollen gute Arbeit haben, die so bezahlt wird, dass sie auch gut davon leben können. Frauen wie Männer sollen sich zu gleichen Zeitanteilen um Kinder, Freunde, Familie, ihre eigene Persönlichkeitsentwicklung und das menschliche Miteinander kümmern können. Frauen wie Männer sollen in der Politik mitmischen und ihre Erfahrungen einbringen können. Dazu gehört, dass Frauen wie Männer selbstverständlich auch Unternehmen leiten.

Freuen Sie sich also schon jetzt auf weitere Anträge der Linken, in denen es mit wirklich guten Argumenten um eine rundum solidarische Gesellschaft und um soziale Gerechtigkeit geht. Wenn auch Sie anfangen wollen, Politik für die Menschen zu machen, dann können Sie ja unseren Anträgen zustimmen. Ich befürchte aber, das werden Sie nicht tun.

(**Marco Buschmann** [FDP]: Das ist ja einmal originell!)

Erlauben Sie mir, mit einem Zitat der Frauenrechtlerin Simone de Beauvoir zu schließen; denn darin wird ihre Erfahrung aus den langen Frauenkämpfen zusammengefasst, und es sollte Aufforderung an alle Frauen hier im Parlament und überall sein. Sie sagte: Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen. Sie bekommen nichts.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege **Marco Buschmann** von der FDP-Fraktion.

Marco Buschmann (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns in der Tat wieder mit einem wichtigen gesellschaftspolitischen Thema. Hier im Plenum eint uns alle natürlich das Ziel, dass Frauen die gleichen Karrierechancen haben wie Männer.

(Zuruf von der SPD: Das bezweifeln wir!)

Worum geht es? Es geht darum, dass Sie zum wiederholten Male ein untaugliches Mittel in einer besonders unverhältnismäßigen Art und Weise vorschlagen.

(**Elke Ferner** [SPD]: Was ist unverhältnismäßig? Was ist denn verhältnismäßig an 90 Prozent Männer?)

Das wird deutlich, wenn man Ihren konkreten Vorschlag kurz beschreibt. Sie schlagen eine Zwangsquote von 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände für sämtliche Gesellschaften vor, die in der Rechtsform der Aktiengesellschaft organisiert sind oder der Mitbestimmung unterliegen.

(**Christel Humme** [SPD]: Das hat Norwegen auch geschafft! Da spielt die Musik!)

Eine Differenzierung nach Börsennotierung, wie sie auch andere Fraktionen anstreben, die durchaus

Marco Buschmann (FDP)

für die Quote sind, sehen Sie nicht vor. Das Modell ist so undifferenziert, beispiellos und mittelstandsfeindlich,

(**Caren Marks** [SPD]: Wenn Frauen führen, ist das mittelstandsfeindlich, oder was?)

dass nicht einmal Anhänger der Quote es unterschreiben würden. Das möchte ich mit einigen Hinweisen auf die Lebenswirklichkeit belegen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Buschmann, Frau Kollegin Deligöz würde gerne eine Zwischenfrage stellen. Sie haben zwar gerade erst begonnen, aber bitte schön.

(**Elke Ferner** [SPD]: Schon jetzt unerträglich, Herr Präsident!)

Marco Buschmann (FDP): Ja, bitte.

Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege Buschmann, Sie haben das Instrument als unqualifiziert bezeichnet.

Marco Buschmann (FDP): Nein, das war nicht mein Wortlaut.

Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe das so verstanden.

Marco Buschmann (FDP): Nein, ich habe „untauglich“ und „unverhältnismäßig“ gesagt.

Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen): Dann habe ich das wohl wie die Kollegen rechts und links neben mir anscheinend auch, wie Sie hören, total falsch verstanden.

(**Dorothee Bär** [CDU/CSU]: Er hat „untauglich“ gesagt!)

Ich korrigiere also: untauglich. In den letzten Tagen konnte man den Medien entnehmen, dass es eine Gruppe von FDP-Frauen gibt, die auch innerhalb der FDP eine Quote verlangen. Heißt das, dass Sie das Instrument auch innerhalb Ihrer Partei als untauglich qualifizieren,

(**Elke Ferner** [SPD]: Na klar, es geht doch um seinen Job!)

und bedeutet das, dass Sie Ihre Rede auch auf Ihrem Parteitag halten werden?

Marco Buschmann (FDP):

Die Frage beantworte ich sehr gerne. Wie Sie der Berichterstattung entnommen haben, bezieht sich der Vorschlag der Kolleginnen eben nicht auf das Thema des heutigen Tages, eine Quotenregelung für die Leitungsorgane von Unternehmen, sondern einzig und allein auf unsere parteiinternen Gremien. Im Gegenteil: Die liberalen Frauen haben sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen, Quoten für Unternehmen vorzuschreiben.

(**Rita Pawelski** [CDU/CSU]: Aber nicht alle! – **Elke Ferner** [SPD]: Ich sage nur: 75 Prozent!)

Sachkenntnis würde hier nicht schaden, Frau Kollegin.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Buschmann, auch die Kollegin Hendricks würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Marco Buschmann (FDP):

Ja. Gleichbehandlung gilt für alle Kolleginnen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Dr. Hendricks, bitte.

Dr. Barbara Hendricks (SPD): Herr Kollege Buschmann, bitte erlauben Sie mir, dass ich traurig an die Kollegin Ina Lenke erinnere, die für die FDP-Fraktion sehr lange, bis 2009, Mitglied des Deutschen Bundestages war und die entsprechenden Fähigkeiten hatte, um sich zu einem solchen Thema zu

äußern.

Marco Buschmann (FDP):

Ich habe die Frage nicht verstanden, Frau Kollegin; deshalb bin ich außerstande, sie zu beantworten.

(**Elke Ferner** [SPD]: Das war eine Zwischenbemerkung!)

Dr. Barbara Hendricks (SPD): Es war eine Feststellung, die ich allerdings mit den Worten „bitte erlauben Sie mir“ eingeleitet habe. Sie können es mir erlauben oder auch nicht; jedenfalls habe ich an die Kollegin Lenke erinnert.

Marco Buschmann (FDP):

Möglicherweise haben Sie auch das Instrument der Zwischenfrage missbraucht.

(**Dr. Barbara Hendricks** [SPD]: Nein! – **Katja Mast** [SPD]: Geschäftsordnung lesen! – **Elke Ferner** [SPD]: Keine Ahnung!)

Ich komme zurück zum Gegenstand der Debatte. Es geht um die Lebenswirklichkeit, auf die Ihr Modell nicht passt. Sie behandeln jede Aktiengesellschaft wie ein Großunternehmen. Das zeigt, dass Sie von der Lebenswirklichkeit nicht viel verstehen. In Deutschland gibt es über 16 000 Aktiengesellschaften. Nur 800 bis 1.000 davon sind börsennotiert. Das sind die Großunternehmen, an die Sie wahrscheinlich denken, wenn Sie von den Aktiengesellschaften sprechen.

Ein Großteil der übrigen Aktiengesellschaften, nämlich über 15 000, sind mittelständische und kleine Betriebe sowie Familienbetriebe. Die Mittelständler stellen Sie mit Ihrem Modell vor große Probleme, weil es undifferenziert ist. Nehmen Sie beispielsweise die Gesellschaften, deren Vorstand zulässigerweise nur aus einer Person besteht. § 76 Aktiengesetz lässt das ausdrücklich zu. Hier führt Ihr Modell ohne jede Abstufung zu einem Einstellungsverbot für Männer.

(**Christel Humme** [SPD]: Lesen Sie doch mal den Antrag! Dann kennen Sie die Antwort selber! Da steht das alles drin!)

Oder aber die Unternehmen werden gezwungen, ihre Vorstände auf zwei Personen aufzustocken. Das bedeutet eine Verdopplung der Personalkosten.

(**Christel Humme** [SPD]: Wenn Ihnen die Argumente ausgehen, kommen solche Beispiele!)

Das muten Sie den Mittelständlern zu. Es ist unvernünftig und in hohem Maße mittelstandsfeindlich. Nehmen Sie die Familien-AGs. Wir haben eine Kultur von Familienunternehmen, in denen die Leitung auf die Nachkommen übergeht. Es kann doch nicht vom Geschlecht der Nachkommen abhängen, ob wir diese Kultur der Familienbetriebe weiter aufrechterhalten können. Es ist doch unvernünftig, eine Kultur der Familienbetriebe durch ein so undifferenziertes Modell zu gefährden.

(**Elke Ferner** [SPD]: Kein Argument ist zu doof! – **Monika Lazar** [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sind undifferenziert!)

Das sieht übrigens auch Ihre Vorbildnation Norwegen so. Sie tun immer so, als hätten Sie das Modell aus Norwegen übernommen und als wären Sie sozusagen die legitimen Vertreter der Erfolgsmodelle dort. In Norwegen hat man gerade nicht eine pauschale 40-Prozent-Quote eingeführt. In Norwegen greift die 40-Prozent-Quote überhaupt erst bei Leitungsorganen, die neun oder mehr Mitglieder haben. Bei kleineren Gremien hat man dort eine differenziertere Lösung.

(**Christel Humme** [SPD]: Das können Sie doch machen!)

Sie kennen offensichtlich noch nicht einmal die Rechtslage, die dort gilt. Ihr Modell ist also nicht einmal in den Augen Ihrer Vorbilder tauglich; denn die Praktiker, auf die Sie sich berufen, machen es anders, als Sie es vorschlagen.

(**Elke Ferner** [SPD]: Sie wollen noch nicht einmal das norwegische Modell!)

Ich verschweige aber natürlich nicht, dass wir nicht nur gegen Ihr spezielles Modell Vorbehalte haben, sondern

Marco Buschmann (FDP)

(**Elke Ferner** [SPD]: Überhaupt gegen Frauen sind!)

dass wir als FDP-Fraktion jedwedes Quotenmodell ablehnen;

(**Ekin Deligöz** [Bündnis 90/Die Grünen]: Auch in Ihrer Partei!)

das habe ich schon zu verschiedenen Anlässen hier im Parlament deutlich gemacht. Wir haben bereits über die Kollateralschäden in Norwegen gesprochen,

(**Elke Ferner** [SPD]: Kollateralschäden! Ich glaube, der steht hier gerade vor uns!)

wie Rechtsformwechsel und Delistings. Wir haben auch schon über die neuen Diskriminierungen in Norwegen gesprochen, über das Thema Goldröcke. Da mir niemand vorwerfen soll, dass ich Sie mit den immer gleichen Argumenten langweile, möchte ich ein neues in die Debatte einbringen, nämlich die empirisch belegte Untauglichkeit des Instruments.

(**Christel Humme** [SPD]: Welches?)

Die Befürworter behaupten stets, dass die Zwangsquotierung der Leitungsorgane Strahlungswirkung auf die Führungspositionen darunter entfalten würde und dass so insgesamt Frauen in Führungspositionen gestärkt würden.

(**Christel Humme** [SPD]: So sollte es sein!)

Diese Hoffnung ist mittlerweile empirisch widerlegt, und zwar gerade in Norwegen.

(**Christel Humme** [SPD]: In der Bundesregierung ist das richtig! Da sind Frauen nicht gerade förderlich!)

Die Soziologin Catherine Hakim von der London School of Economics hat dazu Folgendes publiziert – das möchte ich Ihnen zitieren –: Norwegens 40-Prozent-Quote hat überhaupt gar keinen Einfluss auf den Frauenanteil in den leitenden Positionen dieser Firmen gehabt. Der „Erfolg“ dieser Maßnahme ist reinweg symbolisch.

Tatsächlich zeigt Frau Hakim, dass der Anteil von Frauen in den nicht geschäftsführenden Führungspositionen in Norwegen sogar niedriger ist als überall sonst in Europa. Selbst in Deutschland stehen wir in diesen Bereichen besser da. Eine Vorstandsvorsitzende sucht man in Norwegen übrigens vergebens, anders als etwa in Deutschland. In Deutschland gehen wir einen intelligenteren Weg.

Diese Bundesregierung hat eine Änderung des Corporate Governance Kodex im Jahr 2010 herbeigeführt. Zu behaupten, dass das nicht sanktioniert sei, zeigt, dass Sie den Comply-or-explain-Mechanismus des Corporate Governance Kodex überhaupt nicht verstanden haben. Natürlich hat das Sanktionswirkungen. Das sehen Sie auch bei den Unternehmen. Die Justizministerin nimmt die Wirtschaft in die Pflicht. Mittlerweile gibt es entsprechende Programme etwa bei Telekom, Eon, Karstadt oder Daimler.

Im Übrigen wissen wir, dass andere Themen für gleiche Karrierechancen viel entscheidender sind. Ich habe bereits in den letzten Wochen auf das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hingewiesen.

(**Dr. Eva Högl** [SPD]: Das ist Quatsch!)

Beim letzten Mal habe ich Ihnen aus dem Plädoyer von Daniela Weber-Ray, einer extrem erfolgreichen Frau, zitiert, die für eine Kultur aus Kindern, Krippe und Karriere wirbt.

(**Elke Ferner** [SPD]: Deshalb brauchen Sie Betreuungsgeld!)

Heute möchte ich mit dem Ergebnis einer Untersuchung von Frau Professor Dr. Renate Köcher schließen. Das Ergebnis ihrer Untersuchung zum Thema „gleiche Karrierechancen“ lautet: Das Problem ... ist, dass die Berufstätigkeit von Müttern stigmatisiert wird. Wir brauchen eher eine kulturelle Revolution in den Köpfen, als dass wir Quoten brauchen. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Marco Buschmann (FDP)

(**Elke Ferner** [SPD]: Dann fangen wir bei Ihrem Kopf an, Herr Kollege!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin **Monika Lazar** von Bündnis 90/Die Grünen.

Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Buschmann, das letzte Zitat ist sehr interessant. Vielleicht können Sie bei sich und Ihrer Fraktion anfangen.

(**Marco Buschmann** [FDP]: Wir haben eine Fraktionsvorsitzende!)

Wenn Sie Frau Köcher ausführlicher zitiert hätten, dann hätte man auch erfahren, dass es – genauso wie in vielen anderen Bereichen – Unterschiede zwischen Ost und West gibt. Ich weiß nicht, ob die Frauen und Männer in Ostdeutschland so viel anders sind. Vielleicht sind sie durch den Sozialismus tiefgeschädigt.

(**Christel Humme** [SPD]: Sozialistisch bevormundet!)

Aber wir sind nicht alle geschädigt herausgekommen. Bei uns ist es völlig normal und selbstverständlich, dass Frauen arbeiten. Das ist auch für die Männer kein Problem mehr. Es wäre mir lieb, wenn Sie vollständig zitierten. Auch die westdeutsche Gesellschaft sollte sich von einigen Barrieren befreien.

Wir haben in den letzten Wochen auch hier im Plenum so häufig wie fast noch nie über das Thema „Frauenpolitik/Frauen in Führungspositionen“ diskutiert. Man könnte fast die Hoffnung haben: Wenn wir so weitermachen, kommen wir in dieser Wahlperiode wirklich noch voran.

Frau Winkelmeier-Becker, ich höre Ihnen sehr gerne zu. Vielleicht sollten Sie Herrn Buschmann und die FDP einmal zu einer Sitzung der Gruppe der Frauen in der Unionsfraktion einladen. Wenn Herr Buschmann von uns schon nichts lernen will, dann klappt es vielleicht bei Ihnen.

(**Marco Buschmann** [FDP]: Wenn Sie was hätten, wovon man lernen könnte!)

Laden Sie zu dieser Sitzung auch die Ministerin ein. Ich habe nämlich den Eindruck: Die Ministerin

(**Elke Ferner** [SPD]: Braucht auch noch Nachhilfe! Bildungspaket für die Ministerin!)

vertritt rückständigere Positionen als Sie. Jetzt liegen Vorschläge aller Oppositionsfraktionen vor. Diese Vorschläge unterscheiden sich in Details. Wir warten jetzt auf Ihre Vorschläge.

(**Ekin Deligöz** [Bündnis 90/Die Grünen]: Da wird nichts kommen! – **Marco Buschmann** [FDP]: Die Grünen haben doch ein ganz anderes Modell!)

Sie können sich gern aus unseren Vorlagen bedienen. Im Mai wird im Rechtsausschuss eine Anhörung stattfinden. An dieser Anhörung werden auch die Mitglieder des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend teilnehmen. Wir werden einmal sehen, was die Sachverständigen sagen. Ich hoffe wirklich sehr, dass wir hier in den nächsten Jahren vorankommen. Man kann es wirklich nicht oft genug betonen: Auf die Freiwilligkeit zu setzen, hat doch nichts genutzt; seit 2001 ist nichts passiert.

(**Marco Buschmann** [FDP]: Das ist keine Freiwilligkeit! Comply or explain! – Gegenruf der Abg. **Elke Ferner** [SPD]: Wir sind hier im Deutschen Bundestag! Denken Sie an Ihren Parteivorsitzenden!)

Die Unternehmen waren gehalten, etwas zu machen. Was ist denn das für ein Instrument? Die Ministerin hat auf den Stufenplan verwiesen; allerdings ist zwischen 2001 und 2013 nur eine einzige Stufe in Angriff genommen worden. So etwas kann man doch nicht Stufenplan nennen. Wir müssen jetzt wirklich Nägel mit Köpfen machen, damit wir vorankommen. Ich möchte noch einige Ausführungen zu den heute vorliegenden Anträgen machen.

Zum SPD-Antrag. Sie fordern, dass die 40-Prozent-Quote schon ab 2015 gilt. Wir weichen von dieser Forderung geringfügig ab. Das ist jetzt aber nicht das Problem. Auch bezüglich der Forderungen sind

Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen)

wir einverstanden. Ich finde es ein bisschen schade, dass Sie in vielen Punkten so unkonkret bleiben. Sie wollen Festlegungen auch für die Arbeitnehmerseite. Der Anteil der weiblichen Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten ist bereits relativ hoch; sonst würde der Gesamtanteil von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft noch niedriger sein. Daher wäre es mir lieber, wenn das, was geplant ist, etwas ausgewogener ist.

Auch sind Sie etwas unkonkret, was die Sanktionen betrifft. Im Antrag steht, dass die Nichteinhaltung der Quote im Ergebnis zur Nichtigkeit der Beschlüsse der Gesellschaft führen könnte. Wir sind diesbezüglich konkreter und haben Vorschläge gemacht, wie Fehlentwicklungen entgegengewirkt werden kann. Ich hätte mir gewünscht, dass wir uns bezüglich der einzelnen Stufen annähern. Dass das nicht bereits geschehen ist, fand ich etwas schade.

(Christel Humme [SPD]: Wir haben ja noch eine Anhörung am 11. Mai, Frau Lazar! Da können wir uns annähern!)

– Ja, genau. Ich habe ja auf diese Anhörung verwiesen. Ich hoffe, wir alle werden dann schlauer. Ich möchte noch etwas zum Antrag der Linksfraktion sagen. Auch im Vergleich zu den Forderungen der Linken unterscheiden wir uns etwas, was Zeitraum und Höhe der Quote angeht. Das ist aber kein großes Problem. Was ich in ihrem Antrag allerdings nicht so ganz nachvollziehen kann, ist die Forderung, dass Unternehmen einen Nominierungsausschuss einrichten. Unseres Erachtens ist das ein unnötiges Gremium, mit dessen Einrichtung über das Ziel hinausgeschossen wird. Eine solche Forderung ist Wasser auf die Mühlen der FDP, die immer wieder kritisiert – das wurde auch vorhin getan –, dass alle Unternehmen unter die Knute der Erfüllung der Frauenquote kommen könnten. Ich denke, die Linke geht mit dieser Forderung an das Ganze etwas zu heftig heran.

Ansonsten geht es bei der Regierung und bei der Koalition – wie meistens – ziemlich durcheinander. Die Justizministerin hat vor einigen Tagen in einem Interview eine deutliche Verbesserung angemahnt. Mittlerweile droht sie mit dem Damoklesschwert einer gesetzlichen Frauenquote. Ich will einmal sehen, was die Frauenministerin dazu sagt. Sie findet die Lage ja immer noch nicht allzu dramatisch.

Ich möchte noch einmal auf den Gleichstellungsbericht des Ministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend verweisen. In diesem Bericht wird auf die Forderungen wirklich sehr deutlich eingegangen. Ich wünsche mir, dass dieser Bericht über die Homepage dieses Ministeriums zugänglich ist. Ich möchte, an die FDP gerichtet, kurz Folgendes zitieren – es wurde in der Debatte gestern schon angesprochen –: Die Kosten des Nichtstuns übersteigen die Kosten einer vernünftigen Gleichstellungspolitik bei weitem. – Das, was Sie machen, ist also auch aus Kostengesichtspunkten einfach unsinnig.

Wie gesagt: Wir haben in dieser Wahlperiode noch einige Jahre. Ich hoffe, wir kommen zu einem guten Schluss. Der nächste Höhepunkt wird sicherlich die Anhörung im Rechtsausschuss sein, aus der Herr Buschmann hoffentlich weitere Erkenntnisse im positiven Sinn mitnehmen wird. Danke schön.

Marco Buschmann [FDP]: Ich lerne immer gern!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege **Dr. Stephan Harbarth** von der CDU/CSU-Fraktion.

Dr. Stephan Harbarth (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal debattieren wir heute über das Thema Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen.

(Monika Lazar [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist auch sehr gut!)

Wir haben das in der Plenardebatte im Dezember und auch in der Aktuellen Stunde vor zwei Wochen getan.

(Britta Haßelmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Man kann darüber nicht oft genug reden!)

Dr. Stephan Harbarth (CDU/CSU)

Heute beraten wir über zwei Anträge, die in eine ähnliche Richtung gehen wie der Antrag der Grünen, den wir Ende letzten Jahres diskutiert haben, die aber an entscheidenden Stellen weiter gehen.

(Monika Lazar [Bündnis 90/Die Grünen]: Gesetzentwurf!)

Die Grünen haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, den ich in der Sache nicht für richtig, wohl aber für diskutabel halte. Sie sehen eine Quotenregelung erstens für mitbestimmte Unternehmen und zweitens für börsennotierte Aktiengesellschaften vor. Der Antrag, den die SPD vorgelegt hat, geht weit darüber hinaus. Er enthält keine Einschränkung auf börsennotierte Aktiengesellschaften, sondern Sie wollen die Quote für Aktiengesellschaften generell einführen. Wenn man sich die Realität der Aktiengesellschaften in Deutschland anschaut, dann stellt man fest, dass mindestens drei Viertel der Aktiengesellschaften in Deutschland typisch mittelständische Unternehmen sind.

(Christel Humme [SPD]: Ja und? Was spricht denn dagegen? – **Elke Ferner [SPD]:** Gilt da Art. 3 Grundgesetz nicht?)

Nach dem Institut für Mittelstandsforschung in Bonn, basierend auf Daten des Statistischen Bundesamtes, haben 75 Prozent der Aktiengesellschaften in Deutschland einen jährlich Umsatz von weniger als 10 Millionen Euro. Das ist der Mittelstand; das sind viele kleine Unternehmen.

(Marco Buschmann [FDP]: So ist es!)

Die Linkspartei geht in ihrem Antrag auch darüber noch hinaus. Die Linkspartei will eine Quotenregelung nicht nur für Aktiengesellschaften, sondern dies auch auf „aufsichtsratsfähige GmbHs“ ausdehnen. „Aufsichtsratspflichtige GmbHs“ sagen Sie nicht; Sie sagen ganz bewusst „aufsichtsratsfähige GmbHs“. Aufsichtsratsfähige GmbHs sind in Deutschland alle.

In jeder GmbH besteht die Möglichkeit, einen Aufsichtsrat einzurichten, wenn die Gesellschafter dies wollen. Die Linkspartei möchte also die Quotenregelung nicht nur für Großunternehmen, sondern auch für Kleinunternehmen einführen. Sie möchte das für den örtlichen Handwerksmeister, der seinen Betrieb als GmbH organisiert, und für die örtliche Autowerkstatt, die als GmbH organisiert ist, einführen. Der Handwerksmeister, der bisher als Geschäftsführer fungiert, muss dann eine zweite Handwerksmeisterin einstellen. Das gilt übrigens auch für Vorstände. Damit verlangt man aber von den Kleinunternehmen etwas, was man, wenn man einen halbwegs gesunden Menschenverstand hat, von nicht verlangen kann. Das, was Sie vorschlagen, ist Gängelung pur; das ist Irrsinn pur. Für so etwas stehen wir nicht zur Verfügung.

(Cornelia Möhring [Die Linke]: Wer lesen kann, ist stets im Vorteil!)

Wir haben die politische Entscheidung zu treffen, ob wir eine starre Quote oder einen durchdachten Stufenplan mit flexibler Quote einführen wollen. Meine feste Überzeugung ist: Dort, wo Unzulänglichkeiten und Missstände ohne gesetzgeberische Überregulierung gelöst werden können, verdient dies den Vorzug. So lassen sich Probleme passgenauer und durchdachter lösen. Dieser bessere Ansatz spiegelt sich auch in dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vorgelegten Stufenplan wider, wie wir dies auch im christlich-liberalen Koalitionsvertrag vereinbart haben. Der in Eckpunkten vorgelegte Stufenplan erlaubt maßgeschneiderte Lösungen. Er kommt ohne umfassende staatliche Eingriffe aus und wird deshalb zu besseren Ergebnissen führen. Die erste Stufe zielt auf die Schaffung der Voraussetzungen hinsichtlich der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen im Erwerbsleben und speziell in Führungspositionen ab. Die zweite Stufe setzt auf die Implementierung von transparenten freiwilligen Selbstverpflichtungen. In einer dritten Stufe des Plans wird die gesetzliche Verpflichtung zur Selbstverpflichtung zur Förderung des Frauenanteils eingeführt.

(Elke Ferner [SPD]: Gesetzliche Verpflichtung zur Selbstverpflichtung! Das ist genial!)

Die dann vorgesehene flexible Quote soll so ausgestaltet sein, dass Unternehmen sich selbst eine quantifizierbare Zielvorgabe für die Aufsichtsrats- und Vorstandsbesetzung setzen können, die innerhalb einer bestimmten Frist erreicht werden soll.

(Elke Ferner [SPD]: Die wird wirklich hoch sein!)

Dr. Stephan Harbarth (CDU/CSU)

Mithilfe einer solchen Regelung können die Unternehmen auf ihre jeweilige spezifische Unternehmenssituation flexibler reagieren und auf spezifische Unternehmensbesonderheiten besser eingehen.

(Elke Ferner [SPD]: Frau Schröder ist ganz glücklich!)

Wenn man den Blick auf die Realität noch nicht zu sehr verloren hat, dann wird man feststellen müssen, dass sich die Situation in den verschiedenen Branchen völlig unterschiedlich darstellt, sodass der von Ihnen vorgesehene pauschalierende Ansatz falsch ist. Es gibt Branchen mit einem sehr hohen Frauenanteil.

(Dr. Eva Högl [SPD]: Aber keine Frauen in den Führungspositionen!)

Es gibt andere Branchen, in denen der Frauenanteil sehr niedrig ist.

(Elke Ferner [SPD]: Das heißt, die Frauen sind mal wieder selbst daran schuld, oder wie?)

Bei den Ingenieurwissenschaften liegt der Frauenanteil im Durchschnitt bei nur 20 Prozent; in speziellen Disziplinen liegt er noch wesentlich darunter. Wenn Sie dann vorschlagen, dass beispielsweise bei Maschinenbauunternehmen im Vorstand genau die gleiche Quote gelten soll wie vielleicht bei einem Verlagsunternehmen, wo der Frauenanteil ein ganz anderer ist, dann zeigt das doch – –

(Elke Ferner [SPD]: Gibt es keine Juristinnen? Gibt es keine BWLERinnen?)

- Ich bin Jurist, aber wenn Sie glauben, Maschinenbauunternehmen sollten intelligenterweise von Juristen geführt werden,

(Elke Ferner [SPD]: Was ist mit dem Personalvorstand?)

dann zeigt das doch, wie weit Ihre praktische Anschauung reicht.

(Elke Ferner [SPD]: Sie meinen auch, die Männer hätten die Intelligenz gepachtet! Wenn man sich das anhört, kommt man zum gegenteiligen Ergebnis!)

Die Verhältnisse am Arbeitsmarkt sind zu unterschiedlich, als dass man schlicht und ergreifend den einfachsten Weg beschreiten könnte. Ich gebe gerne zu, dass Ihr Modell das simpelste ist. Wir sind aber nicht gewählt worden, um das simpelste Modell umzusetzen – das könnten auch andere –, sondern wir sind gewählt worden, um eine gute Lösung zu präsentieren. Eine solche gute Lösung stellt der flexible Quotenplan dar.

Wenn man einen Blick auf die letzten Jahre wirft, dann müssen Sie sich die Frage gefallen lassen, warum Sie mit Ihren Überlegungen gerade jetzt kommen, zu einem Zeitpunkt, zu dem zum ersten Mal in den vergangenen zehn Jahren etwas in Bewegung gekommen ist.

(Elke Ferner [SPD]: Man fragt sich natürlich, was Frau Merkel als Frauenministerin bewegt hat!)

In den vergangenen zwölf Monaten haben wir in großen Unternehmen und mittleren Unternehmen mehr Bewegung gesehen als davor in einem ganzen Jahrzehnt. Wir sind im Moment noch nicht dort, wo wir hin wollen.

(Elke Ferner [SPD]: Sie wollen da gar nicht erst hin!)

Aber wir sehen beispielsweise an SAP, Daimler, BASF, Merck oder ThyssenKrupp – ich könnte noch viele andere Unternehmen nennen –, dass eine Entwicklung in Gang gekommen ist, die auf den konsequenten Ausbau des Frauenanteils setzt.

In diese Entwicklung passt der in Eckpunkten vorgelegte Stufenplan mit flexibler Quote hervorragend hinein. Wenn Sie immer wieder vom Modell Norwegen sprechen, dann möchte ich Ihnen einmal zurufen: Ziel kann es nicht sein, dauerhaft einen Frauenanteil von nur 40 Prozent zu haben,

Dr. Stephan Harbarth (CDU/CSU)

(**Elke Ferner** [SPD]: Wir reden von einem Mindestanteil pro Geschlecht!)

sondern wir müssen dauerhaft einen Frauenanteil von 50 Prozent haben. In Norwegen gibt es seit Jahren eine 40-Prozent-Quote, und der Frauenanteil in den Unternehmen liegt bei 42 Prozent.

(**Elke Ferner** [SPD]: Und in Ihrer Fraktion? Wie viel haben Sie in Ihrer Fraktion noch einmal, Herr Kollege?)

Das zeigt, dass die Bewegung, die wir in Gang setzen wollen, nämlich dass Frauen ganz selbstverständlich entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung in den Unternehmen vertreten sind, in Norwegen noch nicht in Gang gekommen ist. Dort stellt sich die Situation so dar, dass die Unternehmen einer als lästig empfundenen Pflichtübung genügen und die 40-Prozent-Schwelle gerade einmal marginal übertreffen.

(**Christel Humme** [SPD]: Wie viel hätten sie ohne Quote? Gar nichts!)

Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung: Die Anträge, die die SPD und die Linkspartei vorgelegt haben, sind nicht durchdacht. Sie setzen auf Gängelung von mittelständischen Unternehmen.

(**Elke Ferner** [SPD]: Sozialistische Gängelung, wenn schon! Darauf bestehe ich, Herr Kollege!)

Sie setzen auf Gängelung von kleinen Unternehmen bis hinunter zu den kleinsten Handwerksbetrieben. Das ist angesichts Ihrer Weltanschauung nicht überraschend. Dass wir uns aber für so etwas nicht zur Verfügung stellen, das mag andererseits Sie nicht überraschen. Herzlichen Dank.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege **Willi Brase** von der SPD-Fraktion.

Willi Brase (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Debatte zeigt, dass es mehr als notwendig ist, dieses Thema anzugehen und vernünftig auf den Weg zu bringen. Wir können in allen Statistiken nachlesen: Der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist gering und sogar gesunken. Die freiwilligen Vereinbarungen sind kritisch zu überprüfen.

Ich will nur darauf hinweisen, dass schon im Jahr 2000 die OECD gemäß ihren Leitsätzen von multinationalen Unternehmen erwartete, dass sie die Chancengleichheit von Frauen und Männern fördern, wobei das Schwergewicht auf gleichen Kriterien bei Auswahl, Arbeitsentgelten und Beförderung sowie auf der gleichen Anwendung dieser Kriterien liegt; ... Wir haben unter Rot-Grün ein Jahr später auf dieser Basis entgegen der Auffassung mancher in unseren Reihen freiwillige Vereinbarungen geschlossen.

(**Rita Pawelski** [CDU/CSU]: Toll gescheitert!)

Wir sind an der Stelle auch etwas schlauer geworden. Wir glauben nicht, dass diese freiwilligen Vereinbarungen gezogen haben. Deshalb ist es richtig, dass wir uns über eine Quotenregelung unterhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir erleben, dass im Wesentlichen die Arbeitnehmerorganisationen, sprich: die Gewerkschaften, mehr und verstärkt Frauen in die Aufsichtsräte hineindelegieren. Die Arbeitgeberseite hängt gnadenlos hierher. Deshalb brauchen wir die Quote; als ein Mittel zum Zweck ist sie notwendig und richtig. Die Debatte zeigt, dass jetzt auch manche Führungskräfte einsehen, dass hier mehr zu tun ist.

Es geht darum, die Durchsetzbarkeit auf den Weg zu bringen. Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen. Wir Männer müssen begreifen, dass wir zukünftig Positionen abgeben müssen bzw. nicht mehr alle bekommen können. Mir scheint ein größeres Problem zu sein, dass ein Teil der Männer nicht bereit ist, etwas abzugeben. Ich meine, das ist falsch.

Wir streiten darüber, welchen Weg wir gehen wollen. Sollen wir noch einmal auf Freiwilligkeit setzen? Nach den bisherigen Erfahrungen glaube ich, dass das nicht mehr viel bringt. Was soll eigentlich in den nächsten zehn Jahren besser werden, wenn wir wieder auf Freiwilligkeit setzen? Machtbastionen werden niemals freiwillig geräumt. Hier muss nachgeholfen werden. Deshalb ist unser Antrag notwendig und richtig.

Willi Brase (SPD)

Dass Frauen die Möglichkeit eröffnet wird, im Berufsleben Führungspositionen zu besetzen, sehen wir auch als Ansporn und Perspektive für die Frauen. Wir wollen noch einmal festhalten: Häufig haben die Frauen, vor allem die jungen Frauen, einen höheren Bildungsabschluss als die jungen Männer. 45 Prozent der jungen Frauen verfügen über die Hochschulreife und 14 Prozent über einen akademischen Abschluss. Bei den Männern besitzen 40 Prozent die Hochschulreife und 13 Prozent einen akademischen Abschluss. Häufig hören wir in der Debatte, dass es für die in den Aufsichtsräten und Vorständen zu besetzenden Positionen gar nicht genug Frauen gibt, die qualifiziert sind. Da habe ich mich an eine wunderbare Statistik erinnert, die ich neulich in der Hand hielt. Ich will kurz zitieren, was das Statistische Bundesamt über deutsche Studierende im Wintersemester 2009/2010 – Fachserie 11, Reihe 4.1 – schreibt:

Studierende der Betriebswirtschaftslehre: männlich 83 000, weiblich 72 000; Studierende der Rechtswissenschaft: weiblich 42 000, männlich 37 000; Studierende der Wirtschaftswissenschaften: weiblich 25 000, männlich 35 000. Diese Zahlen belegen eindeutig: Wir haben genügend Frauen, die bereit sind, sich in diesen Feldern einzuarbeiten, und damit die Voraussetzung haben, auch Führungspositionen zu übernehmen.

Es gibt noch einen anderen Punkt, den ich kurz ansprechen möchte. Es geht uns nicht nur darum, junge Frauen zu unterstützen und ihnen Chancen zu eröffnen. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass unsere Frauen vielfach nicht Vollzeit beschäftigt sind. Der Anteil von Frauen in Vollzeitbeschäftigung ist zurückgegangen, der in geringfügiger Beschäftigung ist gestiegen. Das ist für die Frauen nicht immer gut.

(**Elke Ferner** [SPD]: Karrierekiller!)

Viele junge Frauen üben nach statistischen Angaben eine atypische Beschäftigung aus. Das Anwachsen des Niedriglohnsektors hat ein Übriges dazugetan. Der überwiegende Teil der Beschäftigten in diesem Sektor ist weiblich; dabei sind sie gut ausgebildet; denn über 72 Prozent von diesen Frauen haben einen beruflichen Abschluss. Ich glaube, dass die Frauen nicht länger bereit sind, solche Entwicklungen zu akzeptieren. Das wollen und werden wir ändern. Denn trotz besserer Schulausbildung und Qualifikation verdienen sie weniger und haben geringere Aufstiegschancen. Was wir brauchen: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, für gleichwertige Arbeit. Aufstiegschancen und das Mitwirken in Leitungspositionen und Aufsichtsräten sind wichtig. Das sind vernünftige gleichstellungspolitische Teilhabe und Perspektive, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Mit unserem Antrag erfüllen wir auch den Auftrag des Grundgesetzes. Art. 3 Abs. 2 lautet – ich zitiere –: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Das ist der grundgesetzliche Auftrag.

Ich will schließen mit einem Wort des ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann: Gleichberechtigung zielt darauf ab, dass Männer und Frauen unsere Gesellschaft in voller

Gleichwertigkeit dessen, was sie an körperlichen, geistigen und seelischen Verschiedenheiten einbringen, miteinander gestalten. – Lassen Sie uns dieses tun und die Quote durchsetzen! Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin **Nicole Bracht-Bendt** von der FDP-Fraktion.

Nicole Bracht-Bendt (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst einmal Folgendes zur Kenntnis: Wir haben im FDP-Fraktionsvorstand einen Frauenanteil von 45 Prozent. Ich glaube, das haben Sie nicht.

(**Elke Ferner** [SPD]: Aber sie setzen nichts durch! Das ist der Unterschied!)

Seit Monaten diskutieren wir über die Frage, was Politik leisten kann, damit mehr Frauen in die Führungsetagen unserer Unternehmen einziehen. Die Debatte ist mittlerweile in einen Streit eskaliert. Das

Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Schlimmste daran: Es ist ein Streit zwischen Frauen; ich wiederhole: zwischen Frauen. Ich finde es sehr unerfreulich und kontraproduktiv, wie kompromisslos und polemisch Quotenbefürworterinnen auf Frauen einprügeln, die eine Quote per Gesetz nicht wollen.

(**Monika Lazar** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir prügeln nicht, wir diskutieren!)

Jüngstes Beispiel: Während der Aktuellen Stunde in der letzten Sitzungswoche fiel das Wort „Verräterin“.

(**Marco Buschmann** [FDP]: Skandalös! Unparlamentarisch!)

Darüber bin ich entsetzt. Ich will es kurz machen. Ich halte eine gesetzlich verordnete Quote für Aufsichtsräte und Vorstände für den falschen Weg, wie Ihnen sicherlich bekannt ist, erstens weil ich sicher bin, dass wir den Wandel auch ohne Quote erreichen werden,

(**Christel Humme** [SPD]: Wann denn?)

zweitens weil ich es ablehne, in die Vertragsfreiheit der Wirtschaft einzugreifen. Einem Arbeitgeber vorzuschreiben, wem er welchen Posten gibt, das ist mit mir nicht zu machen.

(**Monika Lazar** [Bündnis 90/Die Grünen]: Tolle Argumente!)

Was die Aufsichtsräte angeht, halte ich die Forderung nach einer starren Quote für Blödsinn.

(**Christel Humme** [SPD]: Blödsinn?)

- Ja, Blödsinn.

(**Christel Humme** [SPD]: Mein Gott!)

Es gibt nicht nur inkompetente männliche Platzhirsche in den Aufsichtsräten.

(**Monika Lazar** [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber viel zu viele!)

Wollen Sie einen männlichen Aufsichtsrat abservieren, obwohl er einen guten Job gemacht hat, nur weil er ein Mann ist?

(**Elke Ferner** [SPD]: Das heißt, Sie haben nicht genug Frauen, die qualifiziert genug sind, um in Ihrer Fraktion dabei zu sein?)

Wenn Sie etwas verändern wollen, müssen Sie mit den Aufsichtsratsvorsitzenden Tacheles reden.

(**Elke Ferner** [SPD]: Bei Ihnen muss man ein besserer Mann sein, um als Frau eine Chance zu haben!)

Aufsichtsräte verfolgen, denke ich, die Diskussion selber. Es vergeht ja kein Tag mehr, an dem wir im Wirtschaftsteil nichts darüber lesen. Erst gestern hat eine große Tageszeitung dem Thema „Frauen in Führungspositionen“ vier Seiten gewidmet. Was die Vorstände in den DAX-Unternehmen angeht, ist das ähnlich. Statt eine starre Quote einzuführen, müssen wir direkt mit den Personaldirektoren reden. Mich verblüfft ohnehin der Zeitpunkt der Quotendiskussion. Es ist richtig: Appelle an die Wirtschaft haben in der Vergangenheit nicht viel bewirkt.

(**Monika Lazar** [Bündnis 90/Die Grünen]: Und was ziehen Sie daraus für Konsequenzen?)

In den 30 im Deutschen Aktienindex, DAX 30, notierten Unternehmen lag im Jahr 2009 der Frauenanteil bei Vorstandsmitgliedern bei 0,55 Prozent

(**Elke Ferner** [SPD]: Ist doch klasse, oder?)

und 2010 bei 2,16 Prozent. In den Aufsichtsräten der 30 DAX-Unternehmen lag der Frauenanteil auf der Anteilseignerseite 2009 bei 6,45 Prozent und 2010 bei 7,2 Prozent. Das ist nicht akzeptabel. Das muss sich schleunigst ändern.

Nicole Bracht-Bendt (FDP)

(**Elke Ferner** [SPD]: Aha! – **Christel Humme** [SPD]: Aber wie?)

Ich bin da guter Dinge. Schauen Sie sich doch um! Jetzt passiert gerade eine Menge. Karstadt berief vor wenigen Wochen eine Frau in den Aufsichtsrat.

(**Elke Ferner** [SPD]: Wie viele Frauen arbeiten da noch mal?)

Bei Siemens haben es zwei Frauen nach oben geschafft. SAP holte letztes Jahr eine Frau in den Vorstand.

(**Inge Höger** [DIE LINKE]: Eine!)

Das Gleiche machte Eon. Der Energielieferant will den Frauenanteil mehr als verdoppeln.

(**Elke Ferner** [SPD]: Von eins auf zwei!)

Die Telekom – Sie wissen es sicherlich schon – will den Anteil von Frauen in Führungspositionen - hören Sie zu! - bis 2015 auf 30 Prozent steigern. Daimler holte gerade eine Frau in den Vorstand. Die ehemalige Bundesverfassungsrichterin Christine Hohmann-Dennhardt soll beim Autobauer das Ressort Recht übernehmen.

(**Elke Ferner** [SPD]: Das kann man in Prozent gar nicht ausdrücken: von null auf eins!)

Das ist zwar noch kein Durchbruch; Sie haben recht. Ich weiß, Sie sagen jetzt: Das sind Ausnahmen, und das ändert nicht viel an den Tatsachen. – Das sehe ich anders. In den Chefetagen wird jetzt durchgezählt: Wie viele Frauen sind bei uns in Führungspositionen? Wer zu wenige findet, gerät unter Druck.

Man hat mittlerweile den Eindruck, den Unternehmen sind die vielen Chefs jetzt unangenehm; die Männerriege gilt zunehmend sogar als Makel. „Frauen, haben Sie keine Frauen?“, ist zurzeit die Standardfrage an Headhunter. Ein Partner eines bekannten Beratungsunternehmens sagte wörtlich: Auch die letzten Machos in den Unternehmen sind aufgewacht.

(**Christel Humme** [SPD]: Sie sind jetzt alarmiert!)

Die Unternehmen haben begriffen, dass sie auf die hervorragend ausgebildeten Frauen nicht verzichten können. Beim Wettlauf um die besten Fach- und Führungskräfte im Zuge des demografischen Wandels werden sie nur mithalten können, wenn sie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern etwas bieten, zum Beispiel familienfreundliche Bedingungen. Auch flexible Arbeitszeiten gehören dazu und natürlich auch mehr Kindertagesstätten und Ganztagschulen.

Familie und Beruf dürfen aber nicht zu einem reinen Frauenthema gemacht werden. Flexible Arbeitszeiten und -orte sind auch für Väter wichtig. Früher galt Frauenförderung als gute Tat für das sogenannte schwache Geschlecht. Heute ist sie eine gute Tat für das eigene Unternehmen. Immer mehr Studien belegen: Gemischte Teams erwirtschaften mehr Gewinn. Jetzt sind aber auch die Frauen am Zuge. Ich wünsche mir, dass mehr Frauen sagen: Ja, ich will nach oben.

Wenn Sie ständig Norwegen über den grünen Klee loben, verschweigen Sie, dass die 40-Prozent-Quote nicht das Allheilmittel ist. Es ist Quatsch, wenn Unternehmen die Gesellschaftsform ändern müssen, weil sie die Quote nicht erfüllen können. Die FDP-Fraktion hat diese Woche ein Positionspapier verabschiedet, – hören Sie einmal zu! –, und zwar auf der Grundlage von Freiheit, Eigeninitiative und Selbstbestimmung.

(**Christel Humme** [SPD]: Da müssen Sie selber lachen!)

Statt einer starren Quote wollen wir erst den Stufenplan umsetzen, wie wir ihn im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben. Die Berichtspflichten, also die Offenlegung der Besetzung von Führungspositionen, müssen ein erster konkreter Schritt sein. Dann sehen wir weiter.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Bracht-Bendt, darf ich Sie kurz unterbrechen? Die Kollegin Dittrich von der Fraktion Die

Linke möchte eine Zwischenfrage stellen.

Nicole Bracht-Bendt (FDP):

Nein, danke. Ich möchte die Zwischenfrage nicht zulassen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als nächste Rednerin rufe ich die Kollegin **Ulla Lötzer** von der Fraktion Die Linke auf.

Ulla Lötzer (Die Linke):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Harbarth, Herr Buschmann und Frau Bracht-Bendt, man kann es Ihnen nicht oft genug ins Stammbuch schreiben: Zehn Jahre freiwillige Regelungen zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an Führungspositionen haben sich als zehn Jahre Freifahrtsschein für die Unternehmen herausgestellt, diese Positionen mit Männern und nicht mit Frauen zu besetzen.

Frau Winkelmeier-Becker, nachdem ich Ihnen zugehört habe, muss ich sagen: Was Ihre Kollegen hier an Gründen gegen eine gesetzliche Quote anführen oder auch die Tatsache, dass Ihre Kanzlerin, Frau Merkel, mit einem Machtwort gegen eine gesetzliche Quote vorgeht, muss Ihnen doch peinlich sein. Sie selber haben sich deutlich dafür ausgesprochen. Neben Frau Merkel blockiert die FDP; das haben wir gerade wieder sehr deutlich vor Augen geführt bekommen. So hat auch ihr Generalsekretär, Herr Lindner, gesagt, bis 2013 ständen in vielen Unternehmen Führungswechsel an, bis dahin verböten sich gesetzliche Bestimmungen.

(**Marco Buschmann** [FDP]: Guter Mann, der Herr Lindner!)

Frau Bracht-Bendt, von Juni 2009 bis Juni 2010 wurden 34 Positionen bei DAX-30-Unternehmen neu besetzt, davon genau zwei mit Frauen. Gerade wird eine fünfte Frau in einen Vorstand berufen; insgesamt gibt es aber 182 Vorstandspositionen. Mit Ihrer Politik schieben Sie die Frauen auf lange Frist in die Warteschleife. Gerade weil jetzt neue Führungspositionen zu besetzen sind, ist es Zeit, zu handeln und für eine gesetzliche Quote einzutreten.

Deshalb legen wir Ihnen heute unseren Antrag vor. Wir wollen in zehn Jahren eine Quote von 50 Prozent erreichen. Außerdem treten wir für Sanktionsmöglichkeiten ein. Herr Lindner hat ähnlich wie Sie argumentiert, Liberale gingen davon aus, dass Unternehmen im eigenen Interesse die Bestqualifizierten berufen würden. Er nimmt die Realität offensichtlich genauso wenig wie Sie zur Kenntnis. Circa die Hälfte aller Hochschulabsolventen in Deutschland sind Frauen – Herr Brase hat die detaillierten Zahlen vorhin genannt –, oft mit deutlich besseren Abschlüssen als die Männer.

(**Patrick Döring** [FDP]: Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun!)

Aber diese Qualifikation spiegelt sich eben nicht in den Führungsetagen wider. Genau deshalb brauchen wir endlich eine Quotenregelung.

(**Patrick Döring** [FDP]: Es gibt aber keinen Zusammenhang!)

Wir helfen Ihnen mit unserem Antrag auch da weiter:

(**Patrick Döring** [FDP]: Wir müssen ja nicht jede Hilfe annehmen!)

Unternehmen sollen verpflichtet werden, ein Qualifizierungskonzept für Führungspositionen zu erarbeiten und geeignete Kandidatinnen und Kandidaten auf dieser Grundlage zur Übernahme von Führungsverantwortung zu befähigen. Dabei sind internationale Erfahrungen mit Mentoringprogrammen einzubeziehen.

Mit Herrn Westerwelle haben Sie, Herr Buschmann, wieder angeführt, die Lösung könne nicht in einer Zwangsquote liegen, sondern nur in besseren Bildungs- und Betreuungsangeboten – etwa Ganztagschulen –, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Wir treten immer für bessere Bildung und Kinderbetreuung, für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Aber haben Sie eigentlich einmal einen der 177 Vorstandsmitglieder von DAX-Unternehmen gefragt, wie er seine Karriere denn mit der Betreuung seiner Kinder vereinbart?

(**Elke Ferner** [SPD]: Ja! Genau!)

Ulla Lötzer (Die Linke)

Ihr Einwand zeigt die Wurzel des Problems; er zeigt, weshalb Sie nicht an eine Lösung heranwollen:

(**Patrick Döring** [FDP]: Ich wüsste gerne mal, mit wie vielen von den Vorständen Sie schon gesprochen haben!)

In Ihrem Weltbild sind immer noch die Frauen für Kinderbetreuung zuständig – die Männer und nicht die Frauen sind zu Beruf, Führung und Macht befähigt. Eine gesetzliche Quote würde mit genau diesem Rollenbild brechen, das Sie angeführt haben. Eine gesetzliche Quote würde den Druck erhöhen, Arbeitswelt und Gesellschaft so zu gestalten, dass Frauen und Männer die gleiche Chance auf Arbeit, Karriere und Kinderbetreuung haben.

(**Marco Buschmann** [FDP]: Das ist empirisch widerlegt!)

Das gilt auch – davon war noch gar nicht die Rede – für die Bezahlung. Denn haben es Frauen einmal in die Hierarchien geschafft, werden sie schlechter bezahlt als Männer in gleichen Positionen.

(**Marco Buschmann** [FDP]: Auch das ist empirisch widerlegt! – Gegenruf der Abg. **Elke Ferner** [SPD]: Natürlich stimmt das! – **Patrick Döring** [FDP]: Sie müssen Vollzeit mit Vollzeit vergleichen!)

Auch hier liegt Deutschland auf dem drittletzten Rang – auch das ist empirisch belegt, und nicht das Gegenteil. Deshalb fordern wir in unserem Antrag konkrete Maßnahmen zur Schaffung von Entgeltgleichheit. Die Mehrheit der Deutschen traut den Unternehmen im Gegensatz zu Ihnen keine angemessene Frauenförderung zu – das hat Forsa gerade festgestellt –; sie spricht sich für staatliche Vorgaben aus und auch für eine Frauenquote in Führungspositionen.

Das Grundgesetz schreibt die Gleichberechtigung als Gesetz des Handelns eigentlich auch für Ministerin Schröder, Frau Merkel und Herrn Westerwelle vor. Mit dem DGB stellen wir fest: Die Zeit für Appelle ist vorbei. Frauen sind nicht die besseren Menschen; sie müssen es aber auch nicht sein, um in Vorstandspositionen zu kommen. Sie haben ein Recht auf gleichen Lohn, gleiche Arbeit und gleichberechtigte Teilhabe an Führungspositionen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin **Ekin Deligöz** von Bündnis 90/Die Grünen.

Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Winkelmeier-Becker, ich will einen Satz von Ihnen aufgreifen: Sie haben gesagt, wir debattieren inzwischen fast wöchentlich über dieses Thema. Damit haben Sie auch recht. Aber woran liegt das? In der Gesellschaft gab es noch nie ein so großes Bündnis für die Quote, wie wir es zurzeit erleben: von FidAR über den Deutschen Juristinnenbund und den Verband deutscher Unternehmerinnen bis hin zu Journalistinnen, die sich plötzlich mit dem Thema Quote in ihrem Arbeitsfeld beschäftigen. Dieses starke Bündnis reicht quasi bis zur EU, die darüber diskutiert, ob man nicht EU-weite Regelungen mit Blick auf die Quote einführen muss. Vor diesem Hintergrund stellt sich umso mehr die Frage, ob es uns im Parlament gelingt, diese gesellschaftliche Debatte aufzunehmen; denn das ist ja auch ein Auftrag an uns. Genau deshalb ist es richtig, dass wir – wenn nötig – jede Woche darüber diskutieren; denn wir müssen das in die Köpfe hineinkriegen. Das ist ein Auftrag an uns.

Ich bin aber schon sehr unglücklich über die Antworten der Koalitionäre. Ich weiß ja trotz allem, dass es auch hier – an dieser Stelle mache ich eine Pause –, mit Ausnahme der FDP, ein großes Bündnis der Frauen im Bundestag gibt, die sich für die Quote aussprechen. Viele Argumente kommen auch aus der CDU/CSU-Fraktion.

Aber die Freiwilligkeit, auf die Sie als Koalition setzen, wird uns nicht weiterhelfen. Wenn wir am Anfang der Debatte stehen würden, dann könnte man so argumentieren. Wir führen diese Debatte über die Freiwilligkeit aber schon seit zehn Jahren. Jetzt, nach zehn Jahren, stellen wir fest, dass das nicht mehr reicht, dass der nächste Schritt kommen muss. Vielleicht beschäftigt sich die FDP zum ersten Mal mit diesem Thema, das heißt aber noch lange nicht, dass alle anderen auch blind, taub und stumm gewesen sind und sich zum ersten Mal damit beschäftigen. Der Rest in diesem Land ist einfach schon weiter.

Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen)

Das gilt ja auch für Ihre Fraktion, das müssen Sie auch einmal konstatieren. Frau Merkel selber hat in einer Rede über familienfreundliche Arbeitszeiten gesagt, es sei ein „ziemlicher Skandal“, dass es so wenige Frauen in Führungspositionen gibt. Jetzt sagt aber die Ministerin, die leider gegangen ist – so wichtig ist ihr die Debatte doch nicht, denn es geht „nur“ um Frauen –

(**Dorothee Bär** [CDU/CSU]: Sie war ja da!)

na ja, die Debatte läuft noch ein bisschen –, dass sie keine Quotenfrau sein möchte; als Quotenfrau habe man so einen Makel.

(**Elke Ferner** [SPD]: Sie ist aber eine!)

Ich bin eine Quotenfrau; ich stehe dazu. Das ist auch gut so. Die Quote ist ein Instrument, um Frauen in bestimmte Positionen zu bringen. Trotzdem müssen sich die Frauen selber weiter durchsetzen und bewähren. Im Moment existiert doch die berühmte gläserne Decke; es geht längst nicht nur um die Qualifikation. Wie erklären Sie sonst, dass an der Spitze der 200 größten Unternehmen zu 96 Prozent Männer sind?

Heißt das, wir haben in diesem Land keine qualifizierten Frauen? Was ist mit den weiblichen Absolventinnen, die 51 Prozent aller Absolventen ausmachen und oft Supernoten haben? Sind sie, salopp formuliert, zu doof dazu, in Führungspositionen zu arbeiten? Das kann ja wohl nicht sein. Ich komme zum Argument der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das immer wieder angeführt wird. Ich kann mich immer nur wiederholen: 25 Prozent der Frauen in diesem Land erziehen minderjährige Kinder; 75 Prozent tun es nicht. Auch von diesen 75 Prozent der Frauen sind kaum welche an der Spitze. Es kann also kein Argument sein, zu sagen: Aufgrund des Problems der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gibt es kaum Frauen in Führungspositionen.

Für 75 Prozent der Frauen gilt dieses Argument nicht; sie haben keine Kinder bzw. die Kinder sind schon aus dem Haus oder bereits volljährig. Auch diese Frauen muss man mit der Lupe in Führungspositionen suchen.

Ich komme zur Frauenquote in Norwegen. Sie sagen: „Der Anteil der Frauen in den Vorständen der Unternehmen liegt in Norwegen bei nur 42 Prozent.“ Ich sage: Immerhin wurde in Norwegen ein Anteil von 42 Prozent erreicht. Bei uns liegt der Anteil bei nur 2 Prozent; das sind 40 Prozentpunkte weniger. In Norwegen hat sich doch etwas geändert: Wir wissen, dass die Unternehmen, in denen Frauen in Führungspositionen sind, in der Krise eine andere Bewältigungsstrategie gewählt haben und damit erfolgreicher waren.

Worum geht es uns? Es geht uns nicht um Semantik; es geht nicht darum, dass Frauen viel besser sind. Frauen haben aber einen anderen Blick auf die Dinge und gehen anders mit Risiken um. Auch manchen Männern in den Vorstandsetagen gefallen gewisse Verfahren der Entscheidungsfindung nicht besonders gut, siehe VW. Wenn Frauen in die Vorstandsetagen kommen, wird anders mit Risiken umgegangen. Wir wollen doch wirtschaftlich weiterkommen und erfolgreich sein; wir wollen Vorreiter sein. Warum können wir nicht ausnahmsweise an solch einem Punkt als Vorreiter auftreten und vorausmarschieren? Warum können wir uns das nicht leisten? Warum überlassen wir das Norwegen, den Niederlanden, Frankreich und demnächst der EU?

(**Elke Ferner** [SPD]: Spanien, Österreich!)

Wir hecheln hinterher und diskutieren und diskutieren. Das kann doch nicht die Lösung sein.

(**Marco Buschmann** [FDP]: Genauso wenig wie die Quote!)

Das haben übrigens auch die Frauen in der FDP erkannt; es wurde schon an Ina Lenke erinnert, die sich in die Debatte um die Frauenquote eingebracht hat. Nur haben es die Männer in der FDP-Fraktion nicht erkannt; sie sind die letzte Bastion.

(**Marco Buschmann** [FDP]: Ich verahre mich gegen die Ignoranz gegenüber meiner Kollegin Bracht-Bendt!)

Die öffentliche Meinung dazu steht eigentlich schon fest. Die Tatsache, dass die FDP vorwiegend von Männern gewählt wird, heißt noch lange nicht, dass Sie nur Politik für Männer machen müssen.

Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen)

Gemischte Teams sind effizienter und erfolgreicher; man kann das nachmessen. Jetzt kommt es darauf an, ob es uns Frauen im Bundestag gelingt, einen anderen Blick auf die Dinge durchzusetzen. In diesem Fall geht es um unseren Einsatz für die Quote.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin **Dorothee Bär** von der CDU/CSU-Fraktion.

Dorothee Bär (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Beinahe könnte man sagen – es ist mehrfach angesprochen worden –: **Unsere tägliche Quotendebatte gib uns heute**. Frau Deligöz hat in diesem Zusammenhang auf meine Kollegin Elisabeth Winkelmeier-Becker Bezug genommen: Sie hat etwas Ähnliches gesagt und es sehr positiv gemeint. Auch ich sehe das positiv,

(**Ekin Deligöz** [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich auch!)

denn je öfter wir darüber sprechen und je länger der Druck aufrechterhalten wird, desto eher können wir uns an dieser Stelle durchsetzen.

(**Monika Lazar** [Bündnis 90/Die Grünen]: Da sind wir uns doch einig!)

Es ist historisch belegt, dass es möglich ist, sich durchzusetzen, wenn auch in einem negativen Fall: Ceterum censeo Carthaginem esse delendam. Ich glaube nicht, dass wir so martialisch vorgehen müssen, um die Frauenquote letztendlich durchzusetzen; aber es ist ein Beispiel dafür, dass nur immer wiederkehrende Wiederholung die Möglichkeit eröffnet, sich letztendlich durchzusetzen.

Wir haben uns schon gestern in der Debatte zum Thema „100 Jahre Internationaler Frauentag“ in ähnlicher Weise, aber etwas ausführlicher – wir hatten mehr Themen auf der Palette – mit der Thematik beschäftigt.

Wir haben bereits gestern festgestellt, dass wir alle mit dem Anteil von Frauen in Toppositionen unzufrieden sind und dass wir natürlich auch unzufrieden sind, dass sich in den letzten zehn Jahren nichts geändert hat und dass die freiwillige Vereinbarung zwischen der rot-grünen Bundesregierung und den Spitzenverbänden aus dem Jahr 2001 krachend gescheitert ist. Das hat uns allen gezeigt, dass auf unverbindliche Selbstverpflichtungen kein Verlass ist. Wenn der Anteil von Frauen in Führungspositionen signifikant geändert werden soll, dann brauchen wir verbindliche Zielgrößen, von mir aus auch in einem angemessenen Zeitraum für die Unternehmen. Frau von der Leyen hat davon gesprochen, dass sie nicht alle Finger ihrer Hand brauchen möchte.

(**Monika Lazar** [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich weiß jetzt nicht, wie viele Finger die FDP an einer Hand hat!)

Ich würde die Anzahl der Finger an der Hand sogar noch etwas verringern. Ich glaube, wir brauchen diese Regelung schneller. Bei der gestrigen Debatte zum Thema Frauen hat sich gezeigt, dass sich in den letzten Jahren in Sachen Frauenpolitik schon viel getan hat. In Sachen Entscheidungsteilhabe sind wir jedoch in den letzten zehn Jahren kaum vorangekommen. Gestern kam der Einwurf von der Opposition: Wenn die Selbstverpflichtung so falsch war, warum macht ihr dann nichts anderes?

Natürlich machen wir etwas anderes. Ich habe es gestern bereits angesprochen: Wir haben das Thema überhaupt wieder auf die Tagesordnung gebracht. Wir, die Regierungskoalition, sind diejenigen, die sich umfassend mit diesem Thema beschäftigen. Man sollte festhalten: Unsere beiden Parteien sind die letzten verbliebenen Volksparteien in unserem Lande.

(**Elke Ferner** [SPD]: Das sieht man in Hamburg!)

Es gibt unterschiedliche Meinungen. Das ist doch nichts Ehrenrühriges. Man muss ehrlicherweise darauf hinweisen, dass letztendlich wir diejenigen sind, die das Thema umsetzen können. Die Familienministerin hat gestern die frauenpolitischen Erfolge der Union herausgestellt. Wir haben das Thema auf die Agenda gesetzt. Die Unionsfrauen haben sich schon im letzten Jahr damit beschäftigt. Ich bin sehr froh, dass unsere Vorsitzende der Gruppe der Frauen später noch das Wort ergreifen wird, weil sie die treibende Kraft ist, die im letzten Jahr einen überzeugenden Stufenplan zur

Dorothee Bär (CDU/CSU)

Erhöhung des Frauenanteils vorgelegt hat. Diese Zielsetzung ist für uns weiterhin aktuell, weil wir es als gesellschaftliches Topthema erachten und deshalb auch etwas dafür tun. Wir diskutieren – auch das ist ein wichtiger Schritt – anders als zu Schröders Zeiten nicht mehr über die Frage des Ob, sondern wir diskutieren ausschließlich über die Frage des Wie.

(Gabriele Fograscher [SPD]: Frau Schröder?)

Dass wir noch andere wichtige Themen der Frauenpolitik auf der Agenda haben, das kann uns kaum zum Vorwurf gemacht werden. Ich höre oft, dass es keiner gesetzlichen Regelung bedarf. Man müsse nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Das sehe ich nicht so. Eine aktuelle Studie zu Frauen im Management belegt, dass 44 Prozent der Befragten Kinder haben. Sie sagen, dass es für sie nicht schwierig ist, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Andere befragte Frauen, die keine Kinder haben, sehen auch keine Möglichkeit, die gläserne Decke zu durchstoßen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist sicherlich ein wichtiger Baustein – an dieser Stelle tun wir sehr viel –, aber es ist eben nicht der ausschlaggebende Grund. Wenn selbst Frauen, die keine Kinder haben, die gläserne Decke nicht durchstoßen, dann können Kinder nicht das große Karrierehemmnis sein.

Man sieht beispielsweise an Frankreich, dass eine flächendeckende Kinderbetreuungsstruktur allein nicht das Problem der Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen löst. Deswegen freue ich mich, dass unsere Nachbarn im Januar eine Regelung für eine gesetzliche Frauenquote verabschiedet haben. Frau Humme, Sie haben vorhin angesprochen, dass wir angeblich zurückgepfiffen worden wären.

(Christel Humme [SPD]: Das stand im Spiegel!)

- Danke, dass Sie darauf hinweisen. Das ist das lächerlichste Argument überhaupt: Ich habe es irgendwo in der Zeitung gelesen, also wird es schon stimmen. – Nehmen Sie nicht alles für bare Münze, was Sie lesen. Fragen Sie lieber uns.

(Christel Humme [SPD]: Wie war es denn wirklich?)

Wir erfahren von unserem Fraktionsvorsitzenden große Unterstützung, was sich auch daran zeigt, dass er der einzige Fraktionsvorsitzende von allen fünf Fraktionen war, der gestern beim Thema Internationaler Frauentag die ganze Debatte über anwesend war.

(Monika Lazar [Bündnis 90/Die Grünen]: Er hat noch am meisten zu lernen! – Zuruf von der SPD: Sie müssen zuhören!)

- Sie hören ja auch nicht zu, sondern gätzen nur rein. Er war der Einzige, der vor Ort war und der das Thema ernst genommen hat. Alle anderen waren nicht da. Sie haben vorhin mehrere Beispiele gebracht, wie großartig Ihre Fraktion dasteht. Ihr Fraktionsvorsitzender war nicht da, weder Herr Gabriel noch Herr Steinmeier waren da.

(Elke Ferner [SPD]: Er unterstützt uns aber!)

Im Laufe der Jahre gab es in der SPD noch nie eine weibliche Fraktionsvorsitzende. Es gab noch nie eine Parteivorsitzende.

(Elke Ferner [SPD]: Und bei Ihnen?)

- Natürlich! Frau Merkel war Fraktionsvorsitzende, Frau Merkel ist Parteivorsitzende, und jetzt ist sie Bundeskanzlerin.

(Elke Ferner [SPD]: Aber das hilft den Frauen leider auch nicht weiter, Frau Bär!)

-Frau Ferner, Sie haben ja noch nicht einmal eine Kanzlerkandidatin aufgestellt. Das muss man an dieser Stelle einmal klar sagen. Sie stellen immer nur dann Frauen auf, wenn sie chancenlos sind, aber nicht, wenn sie die Möglichkeit haben, sich auch durchzusetzen.

Dorothee Bär (CDU/CSU)

(**Elke Ferner** [SPD]: Das sieht man an Hannelore Kraft!)

Noch einmal zum Frauenanteil in der Fraktion und zu internen Quoten.

(**Elke Ferner** [SPD]: Wir haben fast 40 Prozent! Wie viel haben Sie noch mal? 20 Prozent?)

- Hören Sie mir doch einmal zu. Sie dürfen doch nachher selbst noch reden und können dann alles ausbreiten. Es ist natürlich leicht, Quoten für Listen einzuführen; da sind wir uns sicherlich einig. Aber bei Direktmandaten ist das wesentlich schwieriger. Da wir ein größeres Vertrauen in der Bevölkerung genießen, müssen wir insgesamt auch noch an unserem Frauenanteil arbeiten. Eine Quote einzuführen ist für die Parteien viel leichter, die ihre Abgeordneten ausschließlich über Listenplätze ins Parlament bringen. Das gehört zur Wahrheit dazu. Norwegen ist mehrfach angesprochen worden. Ich habe heute ganz aktuell erfahren, dass es auch sehr positive Signale von unserem Nachbarn Österreich gibt. Es ist sehr positiv, wenn man sieht, dass sich auch im Nachbarland etwas bei diesem Thema tut.

Wir alle wissen, dass es außerdem sehr viele ökonomische Vorteile gibt. Ich persönlich sehe – das ist kein Geheimnis – keine Lösung mehr, die ohne Gesetze auskommt. Angesichts der ökonomischen Vorteile darf ich zum Schluss noch die Ökonomin Laura D. Tyson zitieren, die gesagt hat: Die Wettbewerbsfähigkeit einer Nation hängt maßgeblich davon ab, wie sie talentierte Frauen fördert. Wir tun das. Helfen Sie uns dabei!

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin **Dr. Eva Högl** von der SPD-Fraktion.

Dr. Eva Högl (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine Damen und Herren!

Wir Frauen haben genug davon, zu warten. Wir Frauen sind ungeduldig und wollen nicht länger vertröstet werden. Herr Buschmann, wir warten auch nicht darauf, dass Männer uns Platz machen, sondern wir wollen die Positionen und die Plätze, die uns zustehen.

Ich habe bei dieser Debatte festgestellt, dass es in jeder Fraktion hier im Bundestag Frauen gibt, die in ihrer Fraktion für eine Quote streiten. Ich drücke ihnen die Daumen, dass sie sich durchsetzen. Liebe Kolleginnen, lassen Sie uns zusammenarbeiten und lassen Sie uns das nicht der Bundesregierung überlassen, sondern lassen Sie uns hier im Parlament gemeinsam die Initiative ergreifen, damit die Frauen endlich an die Plätze kommen, die ihnen zustehen.

Ich bin doch einigermaßen sprachlos – das ist nicht häufig der Fall –, welche Rechtfertigungstiraden wir uns heute wieder anhören mussten, warum wir nichts tun können, nichts tun dürfen und nichts tun sollen. Ich bin auch einigermaßen sprachlos, wenn ich die Arroganz einiger Männer zur Kenntnis nehmen muss, mit der sie begründen, warum wir für Frauen nichts tun müssen.

Die Zahlen werden nicht besser, wenn man sie wiederholt, aber ich muss sie einfach noch einmal aussprechen. Frauen sind in allen Bereichen unserer Gesellschaft dramatisch unterrepräsentiert, und Deutschland ist im internationalen Kontext Schlusslicht. Ich will einen Index zitieren, der nicht verdächtig ist, von der SPD aufgestellt worden zu sein, nämlich den Global Gender Gap Index des World Economic Forum. In diesem fällt Deutschland bei der Bewertung der Gleichstellungspolitik im fünften Jahr in Folge zurück und landet auf Platz 13 hinter – damit will ich nichts gegen diese Länder sagen – Ländern wie den Philippinen und Lesotho. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen etwas tun!

(**Patrick Döring** [FDP]: Da sind ja auch unheimlich viele DAX-Konzerne, in Lesotho!)

Wir sind in Europa beim durchschnittlichen Bruttoverdienst von Frauen – das ist bekannt, ich sage es aber noch einmal – auf dem drittletzten Platz. In Richtung der Bundesregierung sage ich auch noch einmal, dass wir bei der Bundesverwaltung mit 14 Prozent Frauen in Leitungs- und Führungspositionen ebenfalls auf dem drittletzten Platz sind. 90 Prozent der hundert größten deutschen Unternehmen haben zudem keine einzige Frau im Vorstand. Das ist eine desaströse Bilanz.

Wir hier im Deutschen Bundestag sind der Gesetzgeber, und wir alle müssen etwas tun. Wir, liebe

Dr. Eva Högl (SPD)

Kolleginnen, säßen hier alle nicht, wenn es nicht – das ist gestern in der Debatte über den internationalen Frauentag schon angesprochen worden – engagierte und streitbare Frauen, Kämpferinnen gegeben hätte, die Nachteile für ihre Position in Kauf genommen haben, die gekämpft und sich durchgesetzt haben, damit wir hier sitzen können. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir hier im Bundestag jetzt gefragt.

Ich möchte auch noch einmal an Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz erinnern. Der Kollege Brase hat ihn schon zitiert. Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz beinhaltet für uns als Gesetzgeber die klare Verpflichtung, tätig zu werden. Ich will auch deutlich sagen: Es ist ein permanenter Rechtsbruch und ein Verstoß gegen unsere Verfassung,

(Patrick Döring [FDP]: Quatsch!)

wenn wir diesen Auftrag nicht ernst nehmen. Jawohl, das ist ein Auftrag im Grundgesetz.

(Zuruf von der FDP: Klagen Sie doch einmal in Karlsruhe! Das will ich sehen!)

Wir lassen die Frauen im Stich, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir den Auftrag als Parlament nicht ernst nehmen. Zwei kurze Bemerkungen zur Frage der Quote. Herr Buschmann, Sie haben gesagt, das sei ein untaugliches Instrument. Lassen Sie uns doch einmal anfangen.

(Marco Buschmann [FDP]: Aber doch nicht mit einem untauglichen Instrument!)

Wir haben jetzt genügend untaugliche Instrumente ausprobiert. Es ist schon gesagt worden: zehn Jahre freiwillige Verpflichtung.

(Marco Buschmann [FDP]: Corporate Governance funktioniert doch!)

- Das funktioniert überhaupt nicht; das wissen wir. – Wir probieren jetzt etwas Neues aus. Es ist kein untaugliches Instrument. Wir probieren es aus, und es wird sich erweisen, dass es etwas bringt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen darüber hinaus Sanktionen. Wir können uns das im öffentlichen Dienst angucken. Wir haben ein Bundesgleichstellungsgesetz. Wir haben ein Bundesgremiengesetz. Wir haben Berichte dazu. Wir stellen fest, dass die Bilanz trotz dieser Gesetze nicht gut ist. Was sagt uns das? Wir brauchen Sanktionen, wir brauchen wirksame Maßnahmen.

(Marco Buschmann [FDP]: Dass Gesetze nicht funktionieren, zeigt uns das!)

In Richtung Bundesregierung sage ich: Berichte reichen auf keinen Fall. Als Letztes eine Bemerkung zum Thema Wahlfreiheit. Ich persönlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, empfinde ich es als zynisch und arrogant, wenn wir den Frauen sagen, sie haben die Wahlfreiheit. Was für eine Wahl haben denn Frauen, wenn Arbeitgeber sie nicht einstellen oder nicht befördern, weil sie im gebärfähigen Alter sind?

(Elke Ferner [SPD]: So ist das!)

Was für eine Wahl haben denn Frauen, wenn sie nicht in Vorstände kommen, weil die Vorstände aufgrund von Männernetzwerken besetzt werden und sie sich überhaupt nicht bewerben können?

(Marco Buschmann [FDP]: Frauen im gebärfähigen Alter sind auch nicht in dem Alter, Vorstand zu werden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde das zynisch, und ich finde das arrogant. Ich finde, es ist vor allen Dingen auch – es sind einige hier und hören zu – ein ganz verheerendes Signal an junge Frauen, wenn wir so argumentieren. Deswegen appelliere ich noch einmal an alle Kolleginnen in allen Fraktionen: Lassen Sie uns gemeinsam einen Anlauf nehmen. Lassen Sie uns nicht länger warten. Die Zeit der Appelle ist vorbei. Lassen Sie uns bitte 62 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes endlich einen großen Schritt in Richtung Verwirklichung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen machen. Die Mischung macht es. Es tut uns allen gut, wenn Vorstände und Aufsichtsräte mit Männern und Frauen besetzt werden. Herzlichen Dank.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin **Rita Pawelski** von der CDU/CSU-Fraktion.

Rita Pawelski (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vorweg, liebe Christel Humme: Der Artikel im Spiegel war falsch. Volker Kauder hat mich nicht zurückgepfiffen. Im Gegenteil, er hat von Anfang an unsere Interessen unterstützt. Darum denke ich, es hat jemand bewusst versucht, einen Keil zwischen uns zu treiben. Aber das klappt nicht.

Meine Damen und Herren, wir reden wieder einmal über die Einführung einer Quote. Ich hätte nicht gedacht, dass ich mehr als 20 Jahre lang über dieses Thema reden muss. Ich hatte geglaubt, irgendwann wird es selbstverständlich sein, dass Frauen berücksichtigt werden. Diesmal geht es um die Quote für Frauen in Führungspositionen. Ich weiß, das ist ein höchst umstrittenes Thema. Allein mit dem Wort „Quote“ will man am liebsten gar nichts zu tun haben. Ich stelle fest: Es löst bei einigen immer noch panikartige Attacken aus. Ich gestehe zu: Ich bin eine Quotenfrau, und das ist gut; denn wenn nicht vor vielen Jahren die Mitglieder der CDU ein Quorum für Kandidatenlisten beschlossen hätten, dann wäre ich heute nicht im Bundestag. Das sind einfach Fakten, die ich natürlich dankbar zur Kenntnis nehme.

Ich sage Ihnen, ich fühle mich wohl im Kreise meiner Quotenkolleginnen und -kollegen. Natürlich gibt es auch Quotenmänner, die aufgrund einer Länderquote in bestimmte Ämter gewählt wurden, sogar bei der FDP.

(Elke Ferner [SPD]: Sogar eine Quotenministerin!)

Ich habe bisher von keinem gehört, dass diese Art von Quote ein schlechtes Gefühl vermittelt oder dass sich jemand diskriminiert fühlt. Alle wissen, dass für einen Quotenposten dasselbe gilt wie für jeden anderen Job: Leistung zählt, Kompetenz zählt, Einsatz zählt. Wer das nicht verinnerlicht, dem hilft auf Dauer keine Quote. Die Quote ist ein Türöffner, mehr nicht. Lassen Sie mich, bevor ich zum Antrag der SPD komme, mit einigen Quotenvorurteilen aufräumen:

Vorurteil Nummer eins: Frauen wollen nicht über eine Quote in Vorstände oder Aufsichtsräte. – Ich habe den Eindruck, dass das Wort „Quote“ bewusst negativ belegt wird, allerdings nur, wenn es um Frauen geht; denn es gibt viele Quoten, in der Landwirtschaft die Milchquote, die Ackerflächenquote, bei der Börse die Quote, die Einschaltquote bei Radios – danach errechnen sich die Werbepreise – und, und, und.

(Elke Ferner [SPD]: Herr Buschmann fällt gleich in Ohnmacht! – Gegenruf des Abg. **Marco Buschmann [FDP]:** Die Milchquote! Donnerwetter! – Gegenruf der Abg. **Monika Lazar [Bündnis 90/Die Grünen]:** Hören Sie zu, Herr Buschmann! Sie können von der Kollegin was lernen!)

Für mich ist es aufgrund der Diskussion selbstverständlich, dass die Frauen sagen: Wir wollen keine Quotenfrauen sein. – Sie sollen es auf Dauer auch gar nicht sein. Die Quote ist eine Art Hilfskrücke, wie ich sie nach einem Beinbruch brauche. Kann ich wieder laufen, schmeiße ich die Krücke weg. Ähnlich ist es mit der Quote: Haben wir, die Frauen, die kritische Masse in Vorständen und Aufsichtsräten erreicht, brauchen wir auch keine Quote mehr.

Vorurteil Nummer zwei: Wir haben nicht ausreichend qualifizierte Frauen, um eine Quote zu erfüllen. – Mit Verlaub: Das ist Quatsch! Der Verband deutscher Unternehmerinnen und die Initiative „Frauen in die Aufsichtsräte“ verfügen über riesige Datenpools mit Adressen von klugen, kompetenten, hochqualifizierten Frauen, die sofort bereit wären, in Aufsichtsräte oder Vorstände zu gehen.

(Monika Lazar [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei der FDP ist das immer noch nicht angekommen! – Gegenruf der Abg. **Dorothee Bär [CDU/CSU]:** Das ist wohl wahr! – **Patrick Döring [FDP]:** Das Argument hat überhaupt keiner von uns vorgebracht!)

Vorurteil Nummer drei: Die Besten werden sich durchsetzen. –

(Elke Ferner [SPD]: Dann wären aber viel mehr Frauen im Bundestag!)

Sind wirklich nur die Besten in den Vorständen und Aufsichtsräten unserer großen Unternehmen? Haben alle Herren dort immer nur zum Wohl der ihnen anvertrauten Unternehmen gehandelt?

(Elisabeth Winkelmeier-Becker [CDU/CSU]: Berechtigte Frage!) Ich möchte jetzt nicht die Namen all derer aufführen, gegen die in den letzten zehn Jahren ermittelt wurde, aber ich möchte doch sagen, dass

Rita Pawelski (CDU/CSU)

ich die Illusion, dass dort nur die Besten sitzen, schon längst aufgegeben habe.

(Patrick Döring [FDP]: Das ist kein Argument!)

- Patrick, ich zähle die Namen gleich auf. Dann schauen wir uns einmal die Prozente an und überlegen, ob das wirklich die Besten sind.

(Caren Marks [SPD]: Da bleiben wenig über! – **Patrick Döring [FDP]:** Denk an deinen Blutdruck!)

- Der ist immer noch zu niedrig. Ich muss mich ab und zu aufregen, damit er hochkommt; das hat mir der Arzt empfohlen.

(Patrick Döring [FDP]: Wenn ich dir dabei helfen kann, gerne! – **Elke Ferner [SPD]:** Bei dem Koalitionspartner ist das ja kein Problem!)

Ich arbeite hier also auch ein Stück weit präventiv. Außerdem wird man in diese Gremien berufen. Frau kann sich nicht bewerben wie um einen anderen Job. Darum kann sie nicht beweisen, dass sie es kann. Sie muss erst einmal drin sein, um das beweisen zu können.

(Caren Marks [SPD]: Genau!)

Vorurteil Nummer vier: Frauen wollen sich dem Stress, der mit diesen Positionen verbunden ist, nicht aussetzen. Sie wollen keinen 14-Stunden-Tag und keine Arbeit am Wochenende. –

(Elke Ferner [SPD]: Viele Männer auch nicht!)

Das ist eine absurde Behauptung. Es gibt Tausende Frauen, die erfolgreich Unternehmen führen, die Behörden leiten, die in den Universitäten forschen und arbeiten, bei Tag und, wenn es sein muss, auch bei Nacht, und dabei Kinder erziehen und sogar noch Elternabende besuchen, was ich bei manchen Männern vermisste. Aber ist es überhaupt notwendig, immer 14 oder gar 16 Stunden pro Tag zu arbeiten? Muss man wirklich so lange arbeiten?

(Elke Ferner [SPD]: Mann schon!)

Nein. Die nordeuropäischen Länder zeigen, dass es anders geht: Keine Meetings nach 17 Uhr, keine Tagung am Wochenende. Zeitmanagement ist das Zauberwort. Wer sagt, das sei nicht machbar, sollte vielleicht einmal darüber nachdenken, dass sehr viele Vorstandsmitglieder neben ihrem sehr verantwortungsvollen und sehr zeitaufwendigen Amt noch viele ebenfalls wichtige Aufsichtsratsmandate ausüben können, und das alles bei einem 24-Stunden-Tag.

Vorurteil Nummer fünf: Wir dürfen nicht mit staatlichen Maßnahmen in die privaten Unternehmen hineinregieren. – Wäre das das erste Mal, dass wir das machen?

(Patrick Döring [FDP]: Grundrechte! Eigentum!)

Wir haben gerade den Entwurf eines Beschäftigtendatenschutzgesetzes beraten. Ich bin Berichterstatterin und muss sagen: Da gehen wir aber richtig zur Sache. Wir haben unglaublich viele Gesetze, mit denen sehr wohl in die Unternehmen hineinregiert wird, gemacht. Wir haben viele Vorschriften erlassen, sinnvolle, aber auch weniger sinnvolle.

Vorurteil Nummer sechs: Es ist nicht möglich, per Gesetz eine Geschlechterquote zu verordnen, weil das mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. – Dazu gibt es viele Gutachten, solche und solche. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hält eine gesetzliche Regelung sehr wohl für machbar, wenn erst mildere Mittel eingesetzt werden, zum Beispiel die Freiwilligkeit gefordert wurde. Die EU sieht das ebenfalls so. Und überhaupt: Über allen Gesetzen steht unser Grundgesetz.

(Elke Ferner [SPD]: So ist das!)

Ich zitiere noch einmal Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und

Rita Pawelski (CDU/CSU)

wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Wir wollen nicht mehr, aber auch nicht weniger, als dass das Grundgesetz endlich anerkannt und umgesetzt wird.

Vorurteil Nummer sieben: Die Männer werden benachteiligt, wenn Frauen bevorzugt werden. – Frauen wollen nicht bevorzugt werden, sie wollen aber auch nicht benachteiligt werden, weil sie Frauen sind. Wenn für 49 Prozent der Bevölkerung, die männlich sind, immer noch über 70 Prozent der Posten in Vorständen und Aufsichtsräten zur Verfügung stehen, kann man dann wirklich allen Ernstes und berechtigt von einer Benachteiligung der Männer sprechen?

(**Monika Lazar** [Bündnis 90/Die Grünen]: Lächerlich! – **Patrick Döring** [FDP]: Hat hier niemand gemacht!)

Wer wagt es, so etwas zu behaupten?

Vorurteil Nummer acht: Frauen haben nicht die richtige Ausbildung, um in diese Position berufen zu werden. – Wenn 62 Prozent der Vorstände und Aufsichtsräte der DAX-30-Unternehmen – das sind 182 Personen; 62 Prozent davon sind etwa 120 Personen – eine juristische oder kaufmännische Ausbildung haben und wenn genau in diesen Studiengängen – im Studiengang Jura sind übrigens 52 Prozent und bei den Wirtschaftswissenschaften 45 Prozent der Studenten weiblich – Frauen im Durchschnitt über bessere Abschlüsse verfügen als Männer, wenn Frauen in den Assessment-Centern bessere Abschlüsse erzielen als Männer, dann kann das doch den Frauen nicht zum Nachteil gereichen, dann kann man doch nicht sagen: Die Frauen sind nicht klug genug.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und des Bündnisses 90/Die Grünen)

- Nicht so doll klatschen; Sie kommen auch noch dran.

Ich habe acht Vorurteile genannt. Es gibt noch mehr. Sie spuken immer noch in den Köpfen herum, aber man merkt auch, dass sich eine zarte Bewegung zum Umdenken entwickelt. Erste Unternehmen kündigen an, Frauen demnächst verstärkt zu berücksichtigen: BASF, Eon, Daimler, Volkswagen. Sogar die Berliner Stadtreinigung – da kann man eigentlich nur schmunzeln – kündigt eine 50-Prozent-Quote an.

Das passt zwar nicht zum Thema „Frauen in Führungspositionen“, aber es zeigt, dass man umdenkt. Wer jetzt sagt, in Kindergärten und Grundschulen würden Männer fehlen, dem sage ich: Ja, recht habt ihr! Wenn eine Quote hilft, bin ich gerne bereit, auch eine Männerquote einzuführen. Es gibt so viele Fakten, die für mehr Frauen in Führungspositionen sprechen, dass man sich nur wundern kann, dass die am 2. Juli 2001 geschlossene Vereinbarung nicht umgesetzt wurde. Aber eigentlich wundert es mich nicht; denn der Kanzler, der dieses Papier mit den Spitzen der Wirtschaft ausgehandelt hat, bezeichnete Frauenpolitik als Gedöns. Was soll man von so jemandem erwarten?

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Pawelski, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

Rita Pawelski (CDU/CSU):

Ich bin sofort fertig. – Ich finde es schlimm, dass die Frauen der SPD dazu geschwiegen haben.

(**Elke Ferner** [SPD]: Das stimmt nicht!)

Ich habe alle Anträge durchgesehen; bis 2005 gab es von euch keinen Antrag zu diesem Thema.

(**Elke Ferner** [SPD]: Stimmt doch nicht!)

Erst seitdem ihr in der Opposition seid, seid ihr mutig und fordert eine 40-Prozent-Quote. Ihr habt zwischen 2001 und 2005 nicht ein Mal die Quote gefordert.

(**Christel Humme** [SPD]: Das stimmt nicht!)

Wir werden über das Thema in den Ausschüssen sprechen. Zu der von Ihnen geforderten Quote für alle Aktiengesellschaften hat Herr Dr. Harbarth schon deutlich vorgetragen; das geht überhaupt nicht.

Rita Pawelski (CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das müssen Sie im Ausschuss klären. Hier geht es jetzt nicht weiter.

Rita Pawelski (CDU/CSU): Ich bin sicher, dass wir uns in einem Jahr einig sind: Wir brauchen mehr Frauen in Führungspositionen, egal ob durch eine Flexiquote oder eine feste Quote. Über 2013 hinaus auf Freiwilligkeit zu setzen, das tue ich nicht mehr. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion hat die Kollegin **Ferner** das Wort.

Elke Ferner (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Frau Pawelski, ich hätte mir gewünscht, dass es von Ihrer Sorte mehr in der Koalition gibt,

(**Rita Pawelski** [CDU/CSU]: Das kann ich verstehen!)

insbesondere bei der FDP. Ich würde mir wünschen, dass die amtierende Frauenministerin nur halb so engagiert für die Rechte der Frauen streiten würde wie Sie. Dann wären wir hier schon ein gutes Stück weiter. Ich möchte aber auch sagen: Es ist richtig, dass wir 2005 keine Anträge zu diesem Thema in den Bundestag eingebracht haben. Aber raten Sie doch einmal, warum das so war! Weil die damalige Frauenministerin, Frau von der Leyen

(**Rita Pawelski** [CDU/CSU]: Nein! Die kam erst 2005!)

- ich war in den Koalitionsverhandlungen damals dabei –, es abgelehnt hat, eine gesetzliche Regelung für Frauen in Führungspositionen zu treffen; das ist der erste Punkt.

(**Andrea Astrid Voßhoff** [CDU/CSU]: Zuhören! Die kam doch erst 2005!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Ferner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Pawelski?

Elke Ferner (SPD):

Wenn Sie die Uhr anhalten, gerne.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ja, natürlich.

Rita Pawelski (CDU/CSU):

Frau Kollegin, ich habe mich ausdrücklich auf die Zeit zwischen 2001 und 2005 bezogen,

(**Christel Humme** [SPD]: Da war schon viel Gleichstellungspolitik: Ganztagsbetreuungsprogramm, Bundesgleichstellungsgesetz usw.!)

als Sie noch an der Regierung waren, und auf Herrn Schröder hingewiesen. Ab 2005 – das weiß ich selber – waren wir an der Regierung.

(**Sören Bartol** [SPD]: Wenn Sie so weitermachen, wird das ein totales Eigentor!)

In der Zeit zwischen 2001 und 2005 haben Sie keinen entsprechenden Antrag eingebracht. Die damalige Frauenministerin Bergmann hat gesagt: Wenn sich bis 2003 nichts Entscheidendes tut, wird das Gesetz doch noch kommen. – Das waren aber hohle Worte. Sie hat nichts weiter getan,

(**Caren Marks** [SPD]: Nein! Falsch!)

sondern Sie haben darauf gewartet, dass wir Ihnen auf die Sprünge helfen.

Elke Ferner (SPD):

Frau Kollegin Pawelski, ich beantworte Ihre Frage natürlich gerne. Erstens haben Sie uns leider nicht

Elke Ferner (SPD)

auf die Sprünge geholfen. Denn sonst hätten wir schon in der letzten Wahlperiode, in der Großen Koalition, eine gesetzliche Regelung treffen können. Frau von der Leyen hat das rundweg abgelehnt, sowohl als Verhandlungsführerin bei den Koalitionsverhandlungen als auch als Frauenministerin; ich kann Ihnen die Zitate zeigen.

(Andrea Astrid Voßhoff [CDU/CSU]: Wir hatten nun mal andere Schwerpunkte!)

Es ist schon etwas merkwürdig, dass sie ihr Herz für die Quote dann entdeckt, wenn sie selber dafür gar nicht mehr zuständig ist.

(Rita Pawelski [CDU/CSU]: O nein! Darf ich Ihnen darauf direkt antworten?)

Das Zweite. Es ist richtig, dass wir in der Zeit der rot-grünen Koalition hier im Deutschen Bundestag keinen Antrag, in dem wir eine gesetzliche Regelung gefordert haben, eingebracht haben. Es ist aber auch richtig, dass sowohl die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen als auch diverse Gliederungen der SPD – ganze Landesverbände –

(Rita Pawelski [CDU/CSU]: Ja, ja! Und hier?)

auf Parteitag einen solchen Antrag nicht nur gestellt haben, sondern dass er auch mehrfach beschlossen worden ist. Sie kennen mich wahrscheinlich noch nicht so lange. Ich habe hier in diesem Haus, dem ich seit 1990 anhöre,

(Rita Pawelski [CDU/CSU]: Was? So lange noch keine Erfolge?)

immer für eine Quote gekämpft. Ich habe auch zu rot-grünen Zeiten hier im Plenum öffentlich gesagt, dass es falsch gewesen ist, auf eine freiwillige Vereinbarung zu setzen. Jetzt, zehn Jahre später, sehen wir: Sie hat nichts bewirkt. Wir kommen um eine gesetzliche Regelung nicht herum. Ich würde mir wünschen, dass man von der zuständigen Ministerin zu diesem Thema mehr hört als nur Plattitüden. Die letzte Plattitüde war ihre Aussage zur sozialistischen Bevormundung, groß getitelt in einem Zeit-Interview.

Ich will aus dem Gesellschaftsentwurf, den August Bebel bereits 1879 hatte, zitieren, wie er die Stellung der Frau in der Gesellschaft gesehen hat; insofern ist das Wort „sozialistisch“ für mich auch überhaupt kein Schimpfwort. Er sagte damals in seinem Buch Die Frau und der Sozialismus – ich zitiere –:

Die Frau der neuen Gesellschaft ist sozial und ökonomisch vollkommen unabhängig, sie ist keinem Schein von Herrschaft und Ausbeutung mehr unterworfen, sie steht dem Manne als Freie, Gleiche gegenüber und ist Herrin ihrer Geschicke.

Leider sind wir im Jahr 2011 immer noch nicht so weit. Das hat Ursachen. Die Argumente, die ich eben von den Kollegen der FDP gehört habe, haben wir vor 25, 26 Jahren auch in der SPD gehört, als wir für eine Frauenquote gestritten haben.

(Marco Buschmann [FDP]: Die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung aus Norwegen aus dem letzten Jahr können Sie damit aber nicht widerlegen!)

Sie sind damals falsch gewesen, und sie sind heute falsch. Es geht Ihnen letztendlich nur darum, Ihre eigene Position zu retten. Es geht Ihnen nicht darum, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Das ist der Unterschied zwischen uns und der schwarz-gelben Seite in diesem Haus: Wir wollen Fortschritt. Wir sind bereit, dafür zu kämpfen.

(Marco Buschmann [FDP]: Oh! Sie kennen sich aus mit Plattitüden! Ich merke es!)

Wir sind vor allen Dingen bereit, die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Sie wollen die bestehenden Verhältnisse so lassen, wie sie sind. Das ist rückwärtsgewandt, und vor allen Dingen hat das mit einer aktiven Frauenförderung und Gleichstellungspolitik null zu tun.

(Dr. Stephan Harbarth [CDU/CSU]: Der „Gedöns“-Kanzler war doch von Ihnen, nicht von uns!)

Elke Ferner (SPD)

Andere Länder machen es uns vor. Norwegen hat angefangen, Frankreich und Spanien haben nachgezogen, Österreich wird in Kürze eine entsprechende Regelung beschließen. Wir wissen, dass gemischte Teams nicht nur erfolgreicher sind. Sie sind auch wirtschaftlich besser. Die Unternehmen und die Wirtschaft profitieren davon. Und was ist mit Deutschland? Deutschland tritt auf der Stelle. Die Quote ist ein Mittel zum Zweck und kein Ziel.

Das Ziel ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Führungspositionen, nicht nur in der öffentlichen Verwaltung – auch hier ist noch viel zu tun –, sondern auch in der Privatwirtschaft, in Forschung und Lehre und in anderen Bereichen. Ich muss sagen: Ich wundere mich, dass insgesamt der Mut fehlt – insbesondere auch dieser Frauenministerin –, zu kämpfen, obwohl es auch in der Unionsfraktion mehr und mehr Frauen gibt. Sie wollen nicht kämpfen.

Wissen Sie, was das ist? Das ist die Kapitulation vor den Männerseilschaften. So werden wir keinen Millimeter vorankommen. Die Lösung ist eigentlich einfach. Sie lautet: Wir brauchen gesetzliche Rahmenbedingungen, und zwar nicht nur für die Aufsichtsräte, sondern auch für die Vorstände. Bei uns ist die Aufgabenverteilung zwischen den Aufsichtsratsgremien und den Vorständen eben eine etwas andere als in Norwegen. Man braucht Sanktionen und nicht den leise erhobenen Zeigefinger, sonst wird sich hier nichts verändern, und man braucht den Willen zur Veränderung statt Hasenfüßigkeit. Mit Hasenfüßigkeit sind wir noch nie vorangekommen. Alle Fortschritte, die wir erzielt haben, sind mühsamst erkämpft worden, und ich hoffe, dass wir das parteiübergreifend auch in diesem Haus erkämpfen können.

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt anschließen. Alle Fraktionen hier in diesem Haus sollten sich noch einmal überlegen, ob wir es bei der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ wirklich so lassen wollen, dass unter den 17 Sachverständigen keine einzige Frau ist. Es wurde keine einzige Frau, von keiner einzigen Fraktion, benannt.

(Zuruf von der Linken: Auch nicht von Ihrer Fraktion!)

– Ich sage es ja: von keiner einzigen Fraktion; von meiner nicht, von Ihrer nicht. – Es wäre vielleicht ein Anfang, wenn wir als Frauen in diesem Parlament gemeinsam mit den Männern, die das unterstützen, wenigstens ein paar Frauen zusätzlich als Sachverständige in diese Kommission berufen könnten. Schönen Dank.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/4683 und 17/4842 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Die Federführung ist jedoch strittig. Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP wünschen jeweils Federführung beim Rechtsausschuss. Die Fraktionen der SPD und Die Linke wünschen jeweils Federführung beim Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Ich lasse zuerst über den Überweisungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Die Linke abstimmen, also Federführung beim Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Überweisungsvorschlag ist abgelehnt.

(Christel Humme [SPD]: Das waren Juristen!)

Ich lasse nun über den Überweisungsvorschlag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abstimmen, also Federführung beim Rechtsausschuss. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Überweisungsvorschlag ist angenommen.